

Stenographisches Protokoll.

186. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. Freitag, den 1. Juni 1923.

Inhalt.

Personalien: Abwesenheitsanzeige (5586).

Regierungsvorlagen: Geschenkentwürfe, betr.:

1. Änderung des Salzburger Schulaufsichtsgesetzes (B. 1516);
2. Änderung des Vorarlberger Schulaufsichtsgesetzes (B. 1517) (5583).

Verhandlung: Zweite Lesung des Bundesfinanzgesetzes und des Bundesvoranschlages für das Jahr 1923 (B. 1428) — Generaldebatte — Finanzminister Doktor Rientböck (5583), Dr. Danneberg (5586), Doktor Schvepfer (5599).

Tagessordnung: Antrag Sever auf Vornahme der ersten Lesung über B. 1498 (5605).

Ausschüsse: Wahl Probst, Schulz, Witternigg, Kraft als Mitglieder und Eidersch, Leuthner, Doktor Straßner als Ersatzmitglieder in den Finanz- und Budgetausschuß an Stelle von Forstner, Sailer, Volkert, Dr. Straßner, beziehungsweise Austerlitz, Pick und Stradal (5605).

Zuweisung der B. 1500 an den Finanz- und Budgetausschuß, der B. 1501 an den Justizausschuß (5605).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Dr. Reisch, Partik, Muzhilsen auf dem Gebiete der Pensionsversicherung (B. 1523);

2. Dr. Reisch, Partik, Muzhilsen auf dem Gebiete der Unfallversicherung (B. 1524);

3. Dr. Schmid, betr. sofortige gesetzliche Maßnahmen zur Wahrung der Unabhängigkeit der Justizverwaltung, Justizgesetzgebung und des Richterstandes (B. 1525);

4. Zwanzger, Schlager, Muchitsch, Erhöhung der Zuschüsse zu den Provisionen der Bergwerksbrüderladen (B. 1526);

5. Hanusch, Widholz, Tomisch, Muchitsch, Erhöhung der Steuerzuschüsse zu den Unfallrenten (B. 1527);

6. Hanusch, Widholz, Tomisch, Muchitsch, Änderung des Gesetzes über die Unfallversicherung der Arbeiter (XII. Novelle zum Unfallversicherungsgesetz) (B. 1528);

7. Klug, Viechnegg, Dr. Gimpl, Fischer in einer Notstandsangelegenheit (B. 1529).

Verteilt wurden:

Regierungsvorlagen B. 1516, 1517; Bericht des Finanz- und Budgetausschusses B. 1428; Berichte des Justizausschusses B. 1518, 1519, 1520, 1521, 1522.

Präsident Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. nachm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 25. Mai für genehmigt.

Eingelangt sind Regierungsvorlagen, betr. Änderung des Salzburger Schulaufsichtsgesetzes (B. 1516) und des Vorarlberger Schulaufsichtsgesetzes (B. 1517).

Es wird zur L. D. übergegangen, das ist: Zweite Lesung des Bundesfinanzgesetzes und des Bundesvoranschlages für das Jahr 1923 (B. 1428).

Finanzminister Dr. Rientböck: Hohes Haus! Ich möchte dem Berichte des Herrn Generalberichterstatters über das Budget, der Ihnen ja die wesentlichsten Ziffern vorführte, in denen der Ausschuß das Budget abgeändert hat, einige Bemerkungen hinzufügen, die sich auf die budgetäre Situation beziehen. Nach dem abgeänderten nunmehr dem hohen Hause zur Beschlussfassung vorliegenden Antrage des Budgetausschusses ist der Abgang mit 2664,2 Milliarden präliminiert. Gegenüber dem Entwurfe, den die Regierung eingebracht hat und der einen Abgang von 2374,5 Milliarden aufwies, hat sich eine Verschlechterung um 289,7 Milliarden ergeben.

Die stärkste Veränderung, die in den Ziffern vorgenommen worden ist, hat die Überschüsse des Tabakmonopols betroffen. Das hohe Haus dürfte sich daran erinnern, daß diese Überschüsse in dem Voranschlage mit 1210,4 Milliarden angedeutet waren und dann durch Reduktion um zirka 400 Milliarden auf 819,4 Milliarden gebracht worden sind. Es wird richtig sein, einen Moment zu überlegen, ob dieser Abstrich ein genügend großer gewesen ist und wie nach dem gegenwärtigen Stande die Aussichten in bezug auf die Überschüsse des Tabakmonopols zu beurteilen seien. Zu diesem Zwecke möchte ich dem hohen Hause die Erfolgsziffern der ersten fünf Monate, und zwar die Bruttoergebnisse aus dem Verkauf vorführen: Wir haben im Jänner einen Erlös von 101 Milliarden gehabt, im Februar einen Erlös von 110 Milliarden, im März einen solchen von 114 Milliarden, im April einen kleinen Rückgang auf 107 Milliarden, hingegen sind die Einnahmen im Mai, die mir bereits vorliegen, 146 Milliarden gewesen. Es hat sich also im letzten Monat eine ganz bedeutende Steigerung dieser Einnahmenpost ergeben. Diese fünf Monate zusammen ergeben eine Summe von 578 Milliarden,

im Monatsdurchschnitt also 115 Milliarden. Nach den richtiggestellten Ziffern des Budgets, wonach der Überschuß für das ganze Jahr auf 819 Milliarden berechnet worden ist, müßte im Durchschnitt monatlich eine Ziffer von 130 Milliarden erzielt werden. Die ersten fünf Monate bleiben, im ganzen genommen, unter diesem Durchschnitt um 15 Milliarden pro Monat zurück und wir könnten den Erfolg, der im Budget jetzt aussieht, nur dann erreichen, wenn wir in den restlichen sieben Monaten des Jahres einen durchschnittlichen Erlös von 140 Milliarden erzielen würden. Wir können auf einen solchen Erlös hoffen. Wenn sich die Ziffern des Mai wiederholen, so wird er höher sein. Ich habe ja dem hohen Hause gerade mitgeteilt, daß im Mai ein Erlös von 146 Milliarden erzielt worden ist. Wir können also wohl annehmen, daß die besonderen Umstände, welche in den ersten Monaten eine verringerte Einnahme ergeben haben, zum großen Teil aufgehört haben. Sollten wir monatlich 146 Milliarden wie im Mai einnehmen, so würden wir über den jetzigen Ansat des Budgets hinausgelangen. Wenn wir monatlich bei durchschnittlich 140 Milliarden landen sollten, dann würden wir eben gerade die Ziffer erreichen, die das richtiggestellte Budget ausweist. Es ist also der Abstrich, welcher vorgenommen worden ist, durchaus nicht optimistisch; ich glaube, er kann aufrechterhalten bleiben mit der Hoffnung, daß sich diese Einnahmepost vermehren werde.

Eine Ziffer, die eine Änderung durch die Arbeiten des Ausschusses nicht erfahren hat, sind die Personalkosten, respektive die zugrunde gelegte Indexziffer. Die Steigerungen des Index, welche wir durchgeführt haben, haben zur Folge, daß wir im Mai 163·8 Märzbezüge auszubezahlen gehabt haben. Es ist sicher richtig, sich vorzuhalten, wie das Ergebnis aussehen würde, wenn der Index in den künftigen Monaten Null wäre; wenn wir also in den weiteren sieben Monaten mit derselben Höhe der Bezüge rechnen müßten. Ich habe das berechnen lassen und kann dem hohen Hause auch die detaillierten Angaben vorlegen, welche sich folgendermaßen gestalten würden.

Im Jänner — ich werde monatlich die Höhe der Märzbezüge und das sich danach ergebende Erfordernis angeben — waren die Monatsbezüge das 134·8fache der Märzbezüge, Erfordernis 444·8 Milliarden, im Februar das 137·5fache der Märzbezüge, Erfordernis 453·8 Milliarden, März das 145·7fache, Erfordernis 480·8 Milliarden, April das 156fache, Erfordernis 514·8 Milliarden, Mai das 163·8fache, Erfordernis 540·5 Milliarden. Wenn wir für Juni bis Dezember, also für die gesamten sieben Monate, denselben Ansat wählen, so gelangen wir zu einem Erfordernis von 3781·5 Milliarden, daher zu einem Gesamterfordernis von 6216·2 Milliarden, wobei das Mindererfordernis im Anfange des Jahres bereits

berücksichtigt ist, und per Saldo zu einem Mehrerfordernis von 771 Milliarden im heurigen Budgetjahre. Es ist im Auschuß eine entsprechende Änderung der Ansätze nicht erfolgt. Meines Erachtens mit Recht, denn nach dem gegenwärtigen Stande des Besoldungsgesetzes ist der Index maßgebend, es hängt daher die Höhe des Personalerfordernisses von der Gestaltung des Index ab und es ist schwer, diesbezüglich eine verlässliche Prognose zu stellen. Ich habe es aber immerhin für richtig gehalten, dem hohen Hause die Ziffern vorzulegen, welche sich ergeben würden, wenn es bei der jetzigen Höhe der Bezüge bliebe. Dieses Mehrerfordernis von 771 Milliarden, zu dem errechneten Defizit von 2664 Milliarden zugezählt, würde ein Defizit von 3435 Milliarden ergeben.

Eine zweite Post, die nicht geändert worden ist, die aber gewiß zu denken gibt, sind die Zuschüsse zu den Bahnen. Zu dieser Post habe ich folgendes zu sagen: Halten wir uns vielleicht an die Erfolgsziffern, die wir kennen, um daraus einen Schluß zu versuchen, welche Gestaltung sich im ganzen Jahre ergeben wird. Wenn wir so vorgehen, finden wir, daß in den ersten vier Monaten des heurigen Jahres — die Erfolgsziffer für den Mai liegt noch nicht vor, ich kann meiner Aufstellung daher nur die Ziffern bis Ende April zugrunde legen — die Zuschüsse zu den Bundesbahnen zusammen 713 Milliarden ausgemacht haben. Rechnen wir diese Ziffer auf das ganze Jahr um, so müssen wir sie verdreifachen. Eine Verdreifachung dieser Zuschüsse von 713 Milliarden würde Zuschüsse von 2139 Milliarden ergeben. Die Budgetpost weist einen Betrag von beläufig 1900 und etwas Milliarden auf. Daraus geht hervor, daß sich, wenn die Zuschüsse gleich hoch bleiben würden, wie sie im ersten Drittel des Jahres gewesen sind, allerdings eine Überschreitung dieser Post um zirka 200 Milliarden ergeben würde. Ich halte es aber auch in diesem Punkte durchaus nicht für richtig, an den Budgetziffern etwas zu ändern. Es ist die Reorganisation der Bundesbahnen seitens der Regierung in energischer Weise in Angriff genommen worden, außerdem können wir hoffen, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bessern werden, daß daher auch die Verkehrsfrequenz eine größere sein wird, weshalb es, glaube ich, ganz rationell ist, bei der gegenwärtigen Ziffer zu verbleiben, und ich beschränke mich auch hier darauf, dem hohen Hause vorzuführen, wie sich die Dinge gestalten würden, wenn das Verhältnis des ersten Drittels auf das ganze Jahr gerechnet würde.

Sehr wichtig, hohes Haus, ist es, nicht nur in diesen Punkten und nicht nur, was Tabak und Eisenbahnen anbelangt, sondern überhaupt die Erfolgsziffern der ersten Monate dieses Jahres zu prüfen. Es ist das dadurch etwas erleichtert, daß wir ja durch die Völkereindaktion genötigt sind,

monatliche Préalables zu machen. Nichts aber, hohes Haus, war für die Gebarung des Staates nützlicher, als diese monatlichen Préalables. Sie bedeuten allerdings für die Verwaltung eine ganz erhebliche Arbeit. Ich muß es aber hier erklären, daß sie sich als ein außerordentlich nützlicher Behelf darstellen; dadurch sind wir genötigt — aber wir haben auch einen Vorteil davon — Monat für Monat das Budget durchzugehen und zu verarbeiten und wir können auch infolgedessen die Ziffern, welche uns laufend geboten werden, viel nüchterner und verlässlicher kritisieren, als es uns ohne die Préalables möglich wäre.

Was die Erfolgssziffern selbst anbelangt, so ist ja in den statistischen Veröffentlichungen die Ziffer der Zuschüsse der ersten drei Monate veröffentlicht worden, und zwar mit 1019 Milliarden. In den heutigen Zeitungen findet sich eine Notiz, welche darauf hinweist, daß sich nach Nachrichten, welche verbreitet worden sind, diese Zuschüsse nur auf 976 Milliarden belaufen. Damit hat es folgende Bewandnis: Es sind im Februar außerordentliche Zahlungen von 43 Milliarden bei dem Tabakgefälle erforderlich gewesen, welche sich auf das vorige Jahr beziehen. Wenn man diese 43 Milliarden aus der Gebarung des heurigen Jahres ausschidet, so kommt man zu dieser Ziffer von 976 Milliarden. Diese 1019 Milliarden oder wenn man den Abzug von 43 Milliarden vornimmt, diese 976 Milliarden geben die Erfolge der ersten drei Monate wieder. Die zwei letzten Monate liegen noch nicht vor. Das heißt, die Aprilziffer liegt allerdings bereits vor, bevor sie aber publiziert wird, muß sie noch einmal auf ihre Verlässlichkeit überprüft werden, weil sie eine Ziffer ist, von der ich gleich sagen möchte, daß sie außerordentlich günstig ist, um so mehr wollen wir sie, bevor wir sie der Öffentlichkeit übergeben, einer nochmaligen Prüfung unterziehen. Ich kann heute nur sagen, daß die Erfolgssziffer des April bereits eine ganz außerordentliche Verbesserung in der Gebarung darstellt, und ähnlich erwarten wir es auch für den Mai. Diesbezüglich können wir aber die Aufstellungen noch nicht besitzen.

Den Ausweisen, die uns über die ersten vier Monate hinsichtlich der Einnahmen vorliegen, entnehme ich einige Ziffern, die dem hohen Hause von großem Interesse sein werden. Diese Ziffern beziehen sich auf den Ertrag der direkten Steuern und auf den Ertrag der Verbrauchssteuern in den ersten vier Monaten, also im ersten Jahresdrittel. Ich stelle, was diese zwei Posten anbelangt, die Quote des Voranschlages, also ein Drittel der Voranschlagsziffer, dem tatsächlichen Erfolg während dieser ersten vier Monate gegenüber. Ich weiß ganz wohl, daß das nicht das Endgültige ist, aber es ist immerhin interessant. Eine solche Ziffer bezüglich eines Monates würde nichts bedeuten, bezüglich

vier Monate aber bedeutet sie schon etwas. (Dr. Bauer: Es ist doch der Einzahlungstermin! — Dr. Danneberg: Die Einkommensteuer ist doch jetzt eingezahlt worden!) Wenn Sie mir gestatten, werde ich doch die Ziffern zuerst vorlegen, sie können selbstverständlich kritisiert werden.

Die Voranschlagsquote für die direkten Steuern hätte betragen 225 Milliarden. Die tatsächliche Erfolgssziffer macht fast genau das Doppelte davon aus: 450 Milliarden. Bei den Verbrauchssteuern würde die Voranschlagsquote für ein Jahresdrittel 131 Milliarden ausmachen und die Erfolgssziffer macht 197 Milliarden aus; also auch hier eine ganz gewaltige Überschreitung.

Es ist selbstverständlich richtig, daß man nicht aus den Erfolgen der ersten drei Monate, namentlich was die direkten Steuern anbelangt, ein abschließendes Urteil gewinnen kann, ich mache aber darauf aufmerksam, daß die besondere Erwerbsteuer darin fast gar nicht enthalten ist. Die besondere Erwerbsteuer ist fast noch gar nicht eingeflossen und die Herren wissen, was für eine Bedeutung sie in unserem Haushalt hat. Es ist daher nicht zu irreführenden Zwecken, wenn ich die Ziffer der direkten Steuern angegeben habe, sondern ich halte diese Ziffer für sehr interessant, wenn ich auch zugebe, daß wir damit einen genügenden Überblick über den Gesamterfolg nicht erzielen können. Ich behaupte auch gar nicht, daß sich in demselben Maßstabe der Gesamterfolg der Abgaben im Jahre zeigen wird, aber immerhin wird das hohe Haus aus den Ziffern, die ich jetzt geboten habe, entnehmen, daß, wenn wir in einigen Punkten mit ungünstigeren Ziffern, nämlich mit höheren Ausgabenziffern rechnen müssen als mit denjenigen, die das Budget aufweist, wir anderseits eine ganz bedeutende Reserve in den Abgabenerträgen haben.

Ich habe, hohes Haus, hier weder etwas schön zu färben noch etwas schwarz zu malen, ich wollte diejenigen Ziffern vorführen, die man, glaube ich, an der Hand haben soll, wenn man das Budget jetzt überblickt. Wir müssen ja sehr froh sein, daß wir heuer ein ernstes Budget haben, aber wir sind mitten in einer Reformarbeit drinnen. Es versteht sich, daß diese Reformarbeit mit ungeschwächter, ja mit verstärkter Energie fortgesetzt werden muß. Wir werden auf allen Gebieten der Verwaltung weiter zu sparen, wir werden die Ausgaben der Verwaltung zu restringieren suchen und wir werden gewiß, so wie wir bisher zu ganz bedeutenden Erfolgen gelangt sind, bei entsprechenden Anstrengungen auch in Zukunft wieder einen Erfolg erzielen, wie er uns notwendig ist. Ich wollte mit diesen Ziffern aber auch anderseits dartun, daß das Sanierungswert

bisher schon ganz bedeutende Erfolge gezeitigt hat. Ich übertreibe nicht, sondern ich bleibe aller Wahrscheinlichkeit nach sehr stark hinter der Wirklichkeit zurück, wenn ich sage, daß das erste Halbjahr mit einem Abgang von bloß 1500 Milliarden endigen wird. Ich bleibe damit hinter den Tatsachen zurück. Ich habe die feste Überzeugung, daß die Gebarung günstiger sein wird. Wir werden ja im zweiten Halbjahr in bezug auf Ersparungen weitere Fortschritte machen, wir haben auch ewige Abgabquellen erst auszuschöpfen, die gleichfalls dazutreten werden. Wenn ich nun annehme, daß die Gebarung im ersten Halbjahr mit $1\frac{1}{2}$ Billionen passiv sein sollte und weiter in Betracht ziehe, daß wir im zweiten Halbjahr sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite weitere Erfolge erzielen müssen und erzielen werden, so komme ich zu dem Gesamtergebnis, daß das Budget, wie es jetzt, durch den Finanz- und Budgetausschuß bearbeitet, dem hohen Hause vorliegt, eine durchaus positive Ziffer bietet. Würden wir für das zweite Halbjahr gleichfalls $1\frac{1}{2}$ Billionen als Abgang der Gebarung annehmen, so würden sich 3-Billionen für das Jahr ergeben. Ich glaube aber nicht, im Gegenteil ich halte es für ausgeschlossen, daß das zweite Halbjahr so ungünstig sein wird, weil die Fortschritte, die wir in den letzten Monaten gemacht haben und die sich in der Zukunft stärker auswirken müssen, uns bereits zeigen, daß wir eine Kurve durchgehen, die stark aufwärts gerichtet ist.

Ich bitte daher, hohes Haus, in die Erörterung des Budgets unter Bedachtnahme auf diese Ziffern einzugehen. Sie werden sehen, daß die Arbeit, in deren Mitte wir stehen, uns bereits jetzt sehr günstige Aussichten eröffnet. Es hat sich gerade durch diese Monat für Monat vor sich gehende genaue Durcharbeitung der einzelnen Budgetposten ergeben, daß wir seit Anfang des Jahres bis heute ganz bedeutende Fortschritte gemacht haben. Wenn wir daher gerade in diesen Tagen darangehen, die Völkerbundanleihe im Ausland und im Inlande zur Auflage zu bringen und damit an den Kredit der Öffentlichkeit zu appellieren, so können wir mit diesen wahrheitsgemäßen, durchaus nüchternen und aus den Tatsachen geschöpften Ziffern dartun, daß wir des Kredits, auf den wir Anspruch erheben, würdig sind. Ich hoffe, hohes Haus, daß sowohl das Ausland als das Inland sehen wird, daß wir die Hilfe, die wir vom Auslande gewinnen, zu nutzen wissen, daß die pessimistischen Anschauungen, welche in bezug auf den inneren Fortschritt von mancher Seite geäußert worden sind, durch die Tatsachen heute bereits zum großen Teile widerlegt sind, und daß es nur an uns liegt, wenn wir nur fest wollen, zu demjenigen Ziele zu gelangen, das wir uns bei Eingehen in die Völkerbundaktion gestellt haben. In diesem Sinne bitte ich das hohe

Haus, in der Erörterung des Budgets fortzufahren. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Ich habe dem Hause die Mitteilung zu machen, daß der Herr Abg. Abram schwer erkrankt und daher verhindert ist, an den Sitzungen teilzunehmen.

Dr. Danneberg: Hohes Haus! Es ist üblich, daß die Budgetdebatte mit einer allgemeinen politischen Auseinandersetzung eingeleitet wird. Dazu würde man sich heute besonders veranlaßt fühlen, da die Regierung, der wir gegenüberstehen, gestern ihr Jubiläum gefeiert hat, ein Jubiläum, das Anlaß dazu gegeben hat, daß die Versammlungen der Banken, daß die ganze bürgerliche Presse von Funder bis Benedikt dieser Regierung ihre Jubelhymnen gesungen haben. Es wäre für uns besonders verlockend, gerade in diesen Tagen die politische Wirksamkeit dieser Regierung Revue passieren zu lassen, zu zeigen, wie gerade diese Regierung, deren Lösungswort es immer war, man müsse nicht Parteipolitik, sondern Staatspolitik treiben, nichts anderes im Sinne gehabt hat als Parteipolitik, als Klassenpolitik der schlimmsten Art. *(Zustimmung.)* Man müßte gerade am heutigen Tag aufzeigen, wie diese Regierung immer und immer wieder versucht hat, die Staatsangestellten zu reizen, ihre Rechte mit Füßen zu treten; man müßte all die infame Behandlung aufzeigen, die den Wehrmännern in den letzten Monaten zuteil wurde; man könnte aufzeigen, wie diese Regierung die Arbeitslosen behandelt hat; man könnte zeigen, wie sich in diesem Rahmen eine Klassenjustiz einfügt, die immer gehässiger und gehässiger geworden ist; man müßte zeigen, wie diese Regierung das Hafenkreuzlertum züchtet, wie man aufgelassene Amtsstellen jetzt den Hafenkreuzlern für ihre Organisationsarbeiten und für die Ausrüstung ihrer Mörderbanden zur Verfügung stellt. Man müßte das alles aufzeigen und auch den lächerlichen Kulturkampf zeigen, den, ich weiß nicht, die Regierung oder der Herr Minister für soziale Verwaltung für seine Person führt, der heute keine dringenderen Sorgen hat, als sich um die Frage der Leichenverbrennung, statt um die produktive Arbeitslosenfürsorge, um das Schicksal der Arbeitslosen und andere Dinge zu kümmern, die die Staatsbürger interessieren würden.

Aber über das alles, hohes Haus, möchte ich heute nicht reden. Ich möchte mich auf Fragen der Finanzpolitik beschränken und möchte, wie es der Herr Finanzminister hier eben gesagt hat, „weder schön färben noch schwarz malen“, sondern unter Zugrundelegung der Zahlen, die in dem Budget enthalten sind, die Wirkungen der Finanzpolitik der Regierung Seipel betrachten.

Man hat Jubiläumshymnen gesungen über das, was sich alles in dem Jahre, seitdem der Herr Bundeskanzler hier auf der Regierungsbank sitzt,

geändert hat. Ja, meine Herren, es hat sich viel geändert, wenn wir so den 1. Juni des Jahres 1922 mit dem 1. Juni des Jahres 1923 vergleichen, es ist wirklich ein großer Unterschied auch in finanzpolitischer Beziehung. Am 1. Juni 1922 kostete ein Dollar 11.250 K und er kostet heute, da die Regierung Seipel ihr einjähriges Jubiläum feiert, über 70.000 K. (*Hört! Hört!*) Am 31. Mai 1922 war der Banknotenumlauf in Österreich 397 Milliarden; am 18. November 1922, an dem die Regierung aufhörte, für sich selbst Banknoten drucken zu lassen, war der Banknotenumlauf 3161 Milliarden und heute beträgt er zum Jubiläum der Regierung 4563 Milliarden Kronen. Der Index, mit dem der Herr Bundeskanzler nicht gern etwas zu tun hat, hat im Mai 1922 14.412 angezeigt, im Mai 1923 stand er auf 151.356. Kein Wunder, daß er beim Herrn Bundeskanzler nicht sehr beliebt ist (*Heiterkeit*), denn in diesem Index drückt sich ja das Produkt dieses einjährigen Regierens am allerdeutlichsten aus. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Der Herr Bundeskanzler pflegt in seinen Versammlungen überall die Parole auszugeben, es werde nun auch in den Wahlen ein Kampf zwischen den Sanierungsfreunden und den Sanierungsgegnern in der Republik zu führen sein. Natürlich heißt die Parole: Wer für die Sanierung ist, der wählt christlichsozial, und wer dagegen ist, der wählt sozialdemokratisch! Aber ich muß sagen, daß ich die Aufstellung dieser politischen Parole für eine der größten Heucheleien halte, die im politischen Kampfe der letzten Jahre jemals aufgestellt wurden. Uns Sozialdemokraten als diejenigen hinzustellen, die die Sanierung der Republik nicht wollen, und gerade die christlichsoziale Partei als diejenige zu bezeichnen, die nichts im Kopfe hat als die Sanierung, das ist doch etwas, was mit den Tatsachen in einem sehr starken Widerspruch steht. Wir müssen da ein wenig zurückgreifen und auch ein anderes Argument herbeiziehen, das vom Herrn Bundeskanzler und von seinen Leuten sehr häufig in den Versammlungen und in der Presse gebraucht wird. Es heißt da immer und überall, die Sozialdemokraten, die sozialdemokratische Regierung habe den Staat zugrunde gerichtet und nun müsse die bürgerliche Regierung die mühselige Arbeit auf sich nehmen, diesen Staat wieder in die Höhe zu bringen, die Wiederaufbauarbeit der Finanzen zu leisten, mit einem Worte, das gut zu machen, was die Sozialdemokraten verbrochen hatten. (*Rufe: Sehr richtig!*) „Sehr richtig“ sagen die Herren. Ich bin neugierig, ob sie das auch dann sagen werden, wenn sie sich diese Dinge ein wenig näher anschauen. Die Herren vergessen eines — die Vergesslichkeit ist etwas, womit in der Politik in Österreich immer sehr stark gerechnet worden ist —, daß nämlich auf die sogenannte sozialdemokratische Ära, die

aber in Wirklichkeit niemals eine sozialdemokratische Ära war (*Rufe: Sehr richtig!*), sondern eine, in der Sie genau so viel in der Regierung zu reden hatten wie wir, die Herren vergessen, daß auf diese Ära dann eine Periode von vollen zwei Jahren gekommen ist, nämlich vom Oktober 1920 bis zum Oktober 1922, in welchem der Herr Bundeskanzler den Genfer Vertrag unterschrieb, zwei volle Jahre, in denen nicht die Sozialdemokraten in der Regierung waren, sondern in denen Ihre berühmten Fachmännerkabinette diesen Staat regiert haben, zwei Jahre, für die die Sozialdemokraten gar keine Verantwortung tragen. Während Sie für die ersten zwei Jahre mit uns die Mitverantwortung zu tragen haben, kamen dann zwei Jahre, in denen Sie allein die Verantwortung zu tragen haben, als die bürgerliche Periode des Regierens in diesem Staate, bevor es zum Genfer Vertrag gekommen ist. Und wenn Sie, meine Herren, nun sagen, daß dieser Genfer Vertrag und die ganze Politik, die Sie jetzt machen, zur Sanierung des Staates notwendig sei, dann ist diese Sanierung — sofern das zutrifft — deshalb notwendig, weil Sie in den zwei Jahren Ihres Alleinregierens in diesem Staate den Staat und seine Finanzen heruntergewirtschaftet haben (*lebhafter Beifall und Händeklatschen*), so sehr heruntergewirtschaftet, daß dann im Herbst des vorigen Jahres nichts anderes übrig blieb, als daß entweder die gesamte Bevölkerung in diesem Staat ein heroisches Opfer auf sich nimmt, um den Staat zu retten oder daß der Staat dem westeuropäischen Finanzkapital ausgeliefert und in die Wirtschaftsklaverei dieses Genfer Vertrages gestürzt wird. So weit haben Sie es mit Ihrer Politik im Staate gebracht. Das sind nicht die Folgen unserer Politik, denn zwischen der Zeit, da wir Sozialdemokraten an der Regierung teilgenommen haben, und dem Augenblick, in dem der Genfer Vertrag gekommen ist, liegen zwei Jahre des Alleinregierens der bürgerlichen Parteien in diesem Lande. Daran muß man festhalten, wenn man beurteilen will, wie die Dinge heute finanzpolitisch liegen. Es wird jeder zugeben müssen, daß es ein Unterschied ist, den Staat zu verwalten in einer Zeit, wie die es war, wo die Sozialdemokraten an der Regierung teilgenommen haben oder der heutigen, daß es ein Unterschied ist, den Staat zu verwalten in einer Zeit, da er unmittelbar aus dem Umsturze herausgekommen ist, wo er nicht einmal Grenzen hatte, wo er von nichts anderem umgeben war als von dem Hass, der vom Krieg übriggeblieben war, da er umgeben war von dem Hass der nichtdeutschen Nationen des alten Österreich, die im Umsturz ihre Nationalstaaten aufgerichtet und ihre nationale Revolution erlebt hatten. Es ist ein Unterschied zwischen dem Regieren damals, da man im Lande über keine Lebensmittel verfügte, da die ganze In-

dustrie und das ganze Wirtschaftsleben auf den Kriegsbedarf eingestellt war und nun plötzlich auf die Arbeit des Friedens umgeschaltet werden sollte, in einer Zeit, in der die Truppen vom Felde zurückkamen und viele Zehntausende von Arbeitslosen im Lande waren, es ist ein Unterschied zwischen damals und der Zeit, wie sie im Herbst 1920 etwa gewesen ist, und dem Jahre 1921 und in den folgenden Monaten.

Und dennoch, hohes Haus, prüfen und vergleichen wir einmal die Finanzwirtschaft, wie sie damals in der sozialdemokratischen Ära war und wie sie dann in Ihrer, der bürgerlichen Ära geworden ist. Wir müssen uns für die heutige Zeit auf die Zahlen des Budgets stützen. Wie sie ausschauen und was sie wert sind, hat uns eben der Herr Finanzminister treffender gezeigt, als es irgend ein oppositioneller Redner tun könnte. Er hat zum Schluß als Plädoyer für dieses Budget nichts anderes vorbringen können, als daß er die feste Überzeugung habe, es werde schon so werden, wie es in diesem Budget drinnen steht. Aber die Zahlen, die er uns selber vorgeführt hat, haben uns gezeigt, daß dieses Budget in Wirklichkeit nichts wert ist und daß dieses Budget in Wirklichkeit nicht den Stand der Staatsfinanzen widerspiegelt, den es widerspiegeln soll. Für die Vergangenheit haben wir bessere Dokumente zur Hand, denn für die ganze sozialdemokratische Ära in diesem Staate liegen bereits die Rechnungsabschlüsse vor, so daß wir es also da nicht mit präliminierten Ziffern, sondern schon mit den Ergebnissen der staatlichen Finanzwirtschaft zu tun haben und hier also eine sehr gute Vergleichsbasis mit der heutigen Zeit besitzen. Wie war es nun in dieser sozialdemokratischen Ära, über die so viele schmähcn, ohne in Wirklichkeit die Ergebnisse dieses Regierens zu kennen?

In der ersten Periode, das heißt vom 1. November des Jahres 1918 bis zum 30. Juni des Jahres 1919, hat laut Rechnungsabluß das Defizit der Republik 3308 Millionen Kronen betragen. Auf den Monat gerechnet — die erste Periode umfaßte nur acht Monate — sind das 414 Millionen Kronen. Wenn also der Staatshaushalt im zweiten Jahre, das ist also in der Zeit vom 1. Juli 1919 bis 30. Juni 1920, das gleiche Defizit gehabt hätte — umgerechnet in die schlechteren Kronen, die dann gekommen sind — dann hätte man immer noch sagen können: Die Sozialdemokraten haben nichts verbessert, sie haben aber auch nichts verschlechtert. Wenn ich diese 414 Millionen durchschnittliches Monatsdefizit für ein Jahr rechne und wenn ich dann in Betracht ziehe, daß im Durchschnitte die Krone sich im zweiten Jahre der Republik, gegenüber dem ersten, auf den vierten Teil des Wertes verschlechtert hat, so wäre dem Defizit des ersten Jahres für das zweite Jahr

ein Jahresdefizit von rund 20 Milliarden angemessen. Der Rechnungsabluß für dieses zweite Jahr, für das Jahr 1919/20, weist aber nicht ein Defizit von 20 Milliarden, sondern ein Defizit von nur 4,2 Milliarden auf. (Hört!) Der geschmähten sozialdemokratischen Wirtschaft ist es damals gelungen, das Defizit auf dieser niederen Basis zu halten. Und, wenn es dann, meine Herren, der bürgerlichen Ära gelungen wäre, weiter so zu wirtschaften, wie es die Sozialdemokraten im zweiten Jahre des Regierens zustandegebracht haben, dann wären wir nicht dorthin gekommen, wo Sie den Genfer Vertrag im vergangenen Jahr abgeschlossen haben. (Beifall und Händeklatschen.) Aber in Ihrer Ära haben sich die Dinge dann gründlich geändert. Man hat damals der Bevölkerung überall erzählt, es müsse ein anderes Regime kommen, man müsse jetzt wieder gut bürgerlich regieren, wie es der Herr Bundeskanzler damals als seine Lösung verkündet hat. Schauen wir uns an, wie diese gut bürgerliche Regierung in ihrem ersten Jahre gewirtschaftet hat — auch darüber gibt es schon einen Rechnungsabluß. Die Krone ist im ersten Jahre der bürgerlichen Wirtschaft, also in der Zeit vom 1. Juli des Jahres 1920 bis zum 30. Juni des Jahres 1921, wieder im Durchschnitt auf den vierten Teil gesunken. Wenn also das Defizit im Jahre 1919/20 4,2 Milliarden war, dann wäre dem schlechteren Stande der Krone entsprechend für das erste Jahr der bürgerlichen Ära ein Defizit von 16,8 Milliarden das Entsprechende gewesen, wenn die Staatsfinanzen eine Verschlechterung nicht erfahren. Die bürgerliche Ära hätte weniger Defizit machen müssen, denn Sie haben doch von sich behauptet, sie werden alles viel besser, Sie werden alles ganz anders machen, als es die Sozialdemokraten gemacht haben. Was aber war die Wirklichkeit? Die Wirklichkeit war, daß in den ersten Jahren der bürgerlichen Ära das Defizit nicht 16,8 Milliarden, sondern 37,8 Milliarden gewesen ist. (Hört! Hört!) Das heißt, Sie haben, den gleichen Kronenwert als Grundlage genommen wie im Vorjahre, das Defizit mehr als verdoppelt. Das war der erste Erfolg des bürgerlichen Regierens in Österreich (Hört! Hört!), daß sie ein doppelt so hohes Defizit zustandegebracht haben, als es im letzten Jahre der sozialdemokratischen Regierung in Österreich gewesen ist.

Man sieht das auch, wenn man aus diesem Budget und aus den Rechnungsablässen eine Post herausgreift, die immer eine große Rolle gespielt hat: die Eisenbahnen. Gleich nach dem Umsturz, in den Monaten, in denen natürlich für die Eisenbahnen die allerschlimmste Zeit gewesen ist, die man sich überhaupt nur denken kann, haben die Einnahmen der Bundesbahnen 53 Prozent der Ausgaben erreicht. Im zweiten Jahre der Sozial-

demokratischen Ära, vom Juli 1919 bis Juni 1920, in der Zeit also, von der sie immer reden, daß damals eine solche Mißwirtschaft gewesen sei, die nun erst wieder so schwer gutgemacht werden könne, in diesem Jahre des sozialdemokratischen Regierens haben die Einnahmen aus den Eisenbahnen 85 Prozent der Ausgaben erreicht. (*Hört! Hört!*) Und dann kam Ihre Periode, die Zeit des gutbürgerlichen Regierens, das Jahr vom Juli 1920 bis Juni 1921. Da haben die Einnahmen der Eisenbahnen nicht 85 Prozent der Ausgaben erreicht wie im Jahre des sozialdemokratischen Regierens, sondern nur 49 Prozent (*Hört! Hört!*), das heißt, weniger sogar als im Umsturzjahre, das doch für die Eisenbahnen das allerschlechteste gewesen ist.

Und wenn wir nur erst einmal die Zahlen kennen werden aus dem Jahre 1922, aus der Ära Seipel, dann werden wir sehen, daß Sie die Eisenbahnen seitdem noch viel tiefer heruntergewirtschaftet haben, als sie in der Ära Mayr schon heruntergewirtschaftet worden sind. Wir brauchen uns nur daran zu erinnern, was die Gründe hierfür sind. In der Zeit vom Februar 1922 bis zum August 1922 ist die Krone so gesunken, daß die Löhne der Eisenbahner verzehnfacht werden mußten, ist die Krone so gesunken, daß die Kohlenpreise auf das Elfache gestiegen sind. Und Sie haben die Tarife der Bundesbahnen in diesen sechs Monaten nicht um einen Heller erhöht, Sie haben die Betriebe verlottern lassen und haben gerade dadurch im vergangenen Sommer die Krone so tief heruntergebracht, daß es wirklich keine Rettung mehr zu geben schien. Die schlechte Wirtschaft, die Lotterwirtschaft, von der geredet wird, das ist Ihre Wirtschaft, das ist die bürgerliche Wirtschaft in diesem Staate, aber nicht die Wirtschaft, die die Sozialdemokraten in der Regierung geführt haben. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Sie haben es doch sogar dazu gebracht, im ersten Jahre des bürgerlichen Regierens beim Tabak und Salz ein Defizit herauszubringen. Wir Sozialdemokraten sind nicht der Ansicht, daß man Bucherpreise für den Tabak und für das Salz verlangen soll, aber daß der Staat das Salz und den Tabak verschenken soll, das haben wir Sozialdemokraten allerdings nicht gemeint, und das haben wir während unserer schlechten Ära niemals getan; die gut bürgerliche Wirtschaft hat es dazu gebracht, sogar beim Tabak ein Defizit im Jahre 1920/21 herbeizuführen. Also die Abkehr von der sozialdemokratischen Politik, die Sie der Bevölkerung als notwendig hingestellt haben, war eine Abkehr von dem guten Wege, war der Marsch in den Abgrund, den die bürgerlichen Parteien in diesem Lande angetreten haben. Es ist auch gar kein Wunder. Sie haben doch Ihre demagogischen Kämpfe draußen mit nichts anderem als mit dem Schlagworte von dem „Steuerbolschewis-

mus“ geführt. Sie haben den Staat sanieren wollen und haben dabei Demonstrationen gegen das Steuerzahlen veranstaltet. (*Lebhafte Zustimmung.*) Parteien, die derartiges tun, können eben nur eine Lotterwirtschaft führen, die in nichts anderem besteht als in der Benützung der Banknotenpresse, und die muß den Staat zugrunde richten, ob die Bevölkerung will oder nicht.

Wir haben noch keine Zahlen für das Jahr 1922, aber die eine Tatsache, deren der Herr Finanzminister in seinen Vorträgen oft Erwähnung getan hat, daß in der Zeit vom Jänner bis zum 18. November des Jahres 1922 nicht weniger als 2400 Milliarden neue Banknoten für den Bund allein gedruckt worden sind, zeigt uns, zu welcher gigantischen Größe das Defizit in dem vergangenen Jahre angeschwollen sein muß, das den Höhepunkt des bürgerlichen Regierens in Deutschösterreich darstellt. Das war nun freilich eine Wirtschaft, die eine Sanierung dringend notwendig macht. Was da nun heute an Mißwirtschaft zu sanieren ist und was heute ausgetilgt werden muß, das ist nicht die Mißwirtschaft der sozialdemokratischen Ära, sondern das ist die Mißwirtschaft des zweijährigen bürgerlichen Regierens in diesem Lande. Meine Herren, Sie könnten froh sein, wenn dieses erste Sanierungsbudget, das Sie uns heute vorlegen, nur so gut wäre wie das letzte sozialdemokratische Budget, das in diesem Staate im Jahre 1919/20 gemacht worden ist. (*Lebhafter Beifall.*) Der Herr Bundeskanzler lächelt, weil er es offenbar nicht glaubt, daß dieses Budget, das sein Finanzminister eben hier vertreten hat, schlechter sei als der Rechnungsabschluß, der über das letzte Jahr des sozialdemokratischen Regierens vorliegt. Aber er lächelt zu Unrecht, denn es ist wirklich so. Die Zahlen zeigen es an. Die Krone ist jetzt etwa 650mal schlechter, als sie im Jahre 1919/20 im Durchschnitt gewesen ist. Wenn wir das damalige Defizit mit 650 multiplizieren, so kommen wir auf einen Betrag von 2·7 Billionen Kronen, der heute dem damaligen Defizit von 4·2 Milliarden entsprechen würde. 2·7 Billionen — das ist gerade das Defizit, das uns der Herr Berichterstatter in unserem Budget vorgelegt hat. Das heißt: das großartige Budget des ersten Genfer Sanierungsjahres hat es wirklich dazu gebracht, die Mißwirtschaft der zwei bürgerlichen Jahre zu überwinden und auf das Niveau zurückzukommen, auf denen wir Sozialdemokraten den bürgerlichen Parteien die Staatsfinanzen überlassen haben.

So wäre es, wenn dieses Budget nur wirklich richtig wäre, wenn diese 2·7 Billionen wirklich das Defizit für das Jahr 1922 wären. Aber sie sind es nicht, und man geht nicht fehl, man übertreibt nicht, man malt nicht schwarz, wenn man sagt, daß es ein Budget der Lüge und der Heuchelei ist, das

die Mehrheit des Finanzausschusses uns hier vorgelegt hat. Ich brauchte mich, wenn ich das beweisen will, eigentlich nur darauf berufen, was uns der Herr Finanzminister selbst hier eben erzählt hat. Denn diese Zahlen, die er uns angegeben hat, haben mit aller Deutlichkeit illustriert, daß dieses Budget doch ein völlig unwahres Bild der Staatsfinanzen gibt, und wenn der Herr Minister für seine Ausführungen in Anspruch genommen hat, daß er weder schönfärben, noch schwarzmalen wolle, dann hätte er doch auch dem Herrn Generalberichterstatter und der Mehrheit dieses Hauses im Finanzausschusse sagen müssen, sie sollen das unterlassen, da es doch sinnlos ist, ein so gefälschtes Budget der Öffentlichkeit vorzulegen. Dieses Budget zeigt in Wirklichkeit die Falschheit und die Grausamkeit der ganzen Genfer Methode auf, mit der Sie den Staat sanieren wollen. Schauen wir uns nun die Lügen an, auf denen das Budget aufgebaut ist, wenigstens ein paar derselben. Lüge Nummer 1, das sind die Personalauslagen. Die Personalauslagen, die in diesem Budget gerechnet sind, sind die Ausgaben für den Monat Dezember des Jahres 1922. Damals haben die Bundesangestellten, wie der Herr Minister selber hier ausgeführt hat, 137½ Märzbezüge bekommen. Sie bekommen im Monat Mai und Juni, wenn sich der Index jetzt nicht mehr für den Juni ändert, nicht 137½, sondern 165,8 Märzbezüge, das heißt, sie bekommen 26,3 Märzbezüge mehr. Das ist aber keine Kleinigkeit, sondern das verändert den Aufbau des Budgets vollkommen. Der Herr Finanzminister hat es selber dargelegt, darum kann ich mir die Ausführung im einzelnen ersparen, daß, wenn man die wirklichen Zahlungen an die Bundesangestellten hernimmt, die vom Juni bis zum Mai geleistet worden sind, und wenn man für die Zeit vom Juni bis zum Dezember einen gleichbleibenden Index annimmt, sich dann ergibt, daß die Zahlungen für das Personal um 771 Milliarden höher sind, als sie im Budget eingesetzt sind. (Hört! Hört!) Es ist daher vollkommen richtig, zu sagen, daß es ein Budget der Lüge ist, das hier aufgestellt wird. Der Herr Generalberichterstatter hat freilich in seinen sehr dürftigen Ausführungen, die er uns das letztemal hier geboten hat, ein Argument dafür angeführt, warum er bei den Dezemberpersonalausgaben stehen geblieben ist. Man müsse das tun, hat er gemeint, weil — das muß man wörtlich genießen — „kein Anhaltspunkt für die Beurteilung der Indexentwicklung, und zwar weder der Tendenz, noch der Intensität nach gegeben ist.“ Ich muß schon sagen, meine Herren, wir haben jetzt fünfmal in diesem Jahre einen positiven Index gehabt, im Jänner, Februar, März, April und Mai. Das Jahr hat nur zwölf Monate. Wenn in den ersten fünf Monaten der Index andauernd positiv ist, dann scheint mir das

immerhin eine Tendenz zu zeigen, auf die man, wenn man im Juni ein Budget aufstellt, doch Rücksicht nehmen müßte, gar wenn es sich um eine Differenz von 771 Milliarden in einem Jahre handelt. Aber der Herr Generalberichterstatter hat das negiert und der Herr Finanzminister, der weder schönfärben noch schwarzmalen will, hat gemeint, man könne diese 771 Milliarden unter den Tisch fallen lassen, es wird sich schon irgendwie arrangieren, daß sie nicht auffechen. Das, hohes Haus, ist eine Budgetierungsmethode, die wir nicht mitmachen können, die auch gar keinen Sinn hat; denn ich weiß nicht, wen Sie eigentlich damit täuschen wollen. Sie können sich selber nicht täuschen, Sie können die Opposition nicht täuschen, Sie können den Generalkommissär nicht täuschen — ich weiß nicht, wozu Sie ein solch lügenhaftes Budget hier eigentlich aufstellen.

Und dazu kommt noch, hohes Haus, daß diese Frage der Beamtenbesoldung jetzt doch wieder in Fluß geraten wird. Der Herr Bundeskanzler hat sich endlich dazu bequemt, die Vertreter der Beamtenorganisationen für die nächste Woche zu sich zu laden und man hat jetzt wirklich den Eindruck, daß selbst die Regierung erkennt, daß sie um eine Erhöhung der Beamtenbezüge auch außerhalb der Indexentwicklung nicht mehr herumkommen wird. Ich weiß nicht, ob vielleicht der Herr Bundeskanzler daran denkt, daß da eine Methode der Beamtenregulierung möglich sei, wie sie in seinem „Leibjournal“, in der „Reichspost“ empfohlen worden ist, daß man den lebigen Beamten etwas wegnimmt und es den verheirateten gibt, daß man also, weil alle bedürftig und die einen besonders bedürftig sind, denen, die ohnedies nichts haben, noch etwas nimmt, um es den anderen zu geben. Ich fürchte nur sehr, daß außerhalb der Regierung an einer solchen Methode der Regulierung der Bezüge niemand ein Interesse und niemand einen Gefallen finden wird und daß die Regierung da schon eine andere Methode der Regulierung der Beamtenbezüge wird finden müssen. Man kann sehr wohl verstehen, daß dem Herrn Bundeskanzler und auch dem Herrn Vizekanzler dieser Index, der so böse Zahlen anzeigt, sehr unsympathisch ist, denn der Herr Bundeskanzler hat neulich in einer Versammlung ausdrücklich erklärt, man müsse doch dazu kommen, daß man diese Krücke des Index einmal entferne. Aber ein Lahmer bleibt lahm, auch wenn er die Krücke wegwirft, und es ist sogar unvernünftig von ihm, die Krücke wegzuworfen, und wenn er wirklich so unvernünftig ist, werden ihn vielleicht Vernünftigeres dazu bringen müssen, daß er diese Krücke beibehält. Mit dem Schlagworte der Stabilisierung der Krone stimmt freilich die wachsende Teuerung, die der Index anzeigt, nicht überein, daher liebt der Herr Bundeskanzler den Züricher Kurzzettel mehr als den

Wiener Index. Das kann man schon verstehen, aber für die Wiener, für die ganze Bevölkerung der Republik und für die Bundesangestellten in diesem Staate ist der Index wichtiger als der Kurszettel von Zürich, denn der Index zeigt an, wie ihre Lebensverhältnisse sich ändern, und das ist für uns das Entscheidende. Darum glaube ich, daß diese Krücke des Index durchaus nicht entbehrt werden kann, daß sie eine Notwendigkeit ist und beibehalten werden muß, denn sie wird uns einen Maßstab dafür geben, wie sich die Verhältnisse jeweils zum Guten oder zum Schlechten ändern. In einer Zeit aber, in der der Index schon fünfmal nacheinander positiv gewesen ist, zu behaupten, man könne über die Tendenz seiner Entwicklung nichts sagen und könne daher 771 Milliarden vernachlässigen, das ist eine Methode, die völlig unverständlich ist. Dazu kommt, was die Personalauslagen anbelangt, noch eines: es gibt eine Menge Herren hier in diesem Hause, die keinen sehnlicheren Wunsch haben als den, den Mieterschutz abzubauen und im Finanzausschuß hat sich dafür neulich sogar eine Mehrheit gefunden. Haben Sie, meine Herren, auch bedacht, was dieser Abbau des Mieterschutzes für die Personalausgaben des Staates bedeutet? Haben Sie bedacht, daß ein höherer Beamter dann ebenso viel Mietzins zahlen müßte, als er heute überhaupt Gehalt hat? Daß also dann die Bezüge der Staatsangestellten Dimensionen annehmen müßten, die Ihre Sanierung und jede Sanierung, die sonst möglich wäre, über den Haufen werfen würde? Es scheint, als ob sich die Herren, die so leichtsin vom Abbau des Mieterschutzes reden, darüber gar keine Gedanken machen.

Schauen wir uns nun an, wie die anderen Dinge im Budget aussehen. Der Herr Finanzminister hat schon von den Eisenbahnen geredet und hat gesagt, daß das Defizit, das hier im Budget angegeben ist und das rund 1'9 Billionen beträgt, nach den Ergebnissen der ersten vier Monate dieses Jahres eigentlich auch um 200 Milliarden höher angeschlagen werden müßte. Aber er meint, man könne auch das unter den Tisch fallen lassen, es werde sich schon irgendwie arrangieren.

Ich gebe zu, daß sich der Herr Minister hier — ich habe auch keinen Anlaß, schwarz zu malen — sogar vielleicht zu seinen Ungunsten geirrt hat. Denn wenn der Herr Finanzminister den Zuschuß, den die Eisenbahnen in den ersten vier Monaten dieses Jahres erfordert haben, mit drei multipliziert, so irrt er sogar zu seinem Ungunsten, denn es kann angenommen werden, daß im Sommer durch den Sommerverkehr, daß dann im Herbst durch den Ernteverkehr, durch die Kohlentransporte die Einnahmen der Eisenbahnen im Durchschnitt höher sind, als sie es in den ersten vier Monaten sind, und daß der Zuschuß unter sonst gleichbleibenden

Verhältnissen nicht einmal so hoch sein müßte, als er in den ersten vier Monaten des Jahres war. Dagegen ist freilich auch wieder zu halten, daß ja auch die Eisenbahner ihren Gehalt natürlich nach dem Index bekommen müssen und daß die Zahlen, auf Grund deren diese 1'9 Billionen errechnet sind, infolge des geänderten Index eben auch nicht mehr stimmen und daß auch die Einnahmen der Eisenbahnen infolge der außerordentlichen Wirtschaftskrise, in der wir uns gerade dank Ihrer Sanierungsmethode befinden, sehr, sehr stark zurückgehen. Sie haben eben auch bei den Eisenbahnen eine verfehlte Politik eingeschlagen. In der Zeit der Inflation, in der es notwendig gewesen wäre, die Tarife der Bahnen dem gesunkenen Werte der Krone anzupassen, haben Sie das nicht getan; dafür haben Sie dann in einer Zeit, in der die Wirtschaft diese erhöhten Tarife nicht mehr ertragen konnte, die Tarife zu erhöhen begonnen, die Frachttarife sogar über die Goldparität hinaufgeschraubt und haben damit bewirkt, nicht daß die Eisenbahnen höhere Einnahmen haben, sondern im Gegenteil, daß das Wirtschaftsleben, in dem ja die Frachtrate eine große Rolle spielt, außerordentlich erschwert worden ist und daß infolge der wachsenden Krise die Eisenbahnen dann trotz der erhöhten Tarife noch weniger Einnahmen gehabt haben als zuvor. Diese Methode der Sanierung, wie Sie sie wählen, hat sich eben auch bei den Eisenbahnen als ungeeignet herausgestellt.

Und nun hat der Herr Bundeskanzler vor ein paar Tagen eine neue große Idee verkündet und auf dem Tische des Hauses liegt ja auch schon die Regierungsvorlage, die die Reform der Eisenbahnen anbahnen soll, eine Loslösung der Bahnen aus der bürokratischen Verwaltung des Ministeriums. Meine Herren! Was an dieser großen und kühnen Idee, die überall gefeiert wird, gut ist, das ist schon im sozialdemokratischen Finanzplan vom Oktober 1921 gestanden. Und wenn es bis heute noch nicht durchgeführt worden ist, dann, hohes Haus, sind nicht wir Sozialdemokraten daran schuld, sondern es sind die bürgerlichen Parteien daran schuld, die aus parteipolitischen Gründen den Gedanken der Loslösung der Bahnen aus dem bürokratischen Betrieb nicht haben verwirklichen wollen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Der Herr Finanzminister hat von einem dritten wichtigen Kapitel im Budget geredet, von den Monopolen und er hat gesagt — oder es klang wenigstens aus seinen Ausführungen heraus —, daß hier allerdings der Pessimismus, der auch in den Zahlen des Herrn Generalberichterstatters zum Ausdruck kommen mußte, doch einigermaßen gerechtfertigt ist. An der Wirtschaft, die die Regierung mit den Monopolen getrieben hat, zeigt sich nämlich die Verkehrtheit ihrer Methode am deutlichsten. Der

Genfer Vertrag und das Wiederaufbaugesetz sind von der wirklich kühnen Idee — da muß man sagen, das war eine kühne Idee — ausgegangen, daß jeder Raucher in Österreich 24 Millionen Kronen für Zigarren im Jahre ausgibt. Das war wirklich eine kühne Idee, das ist wahr. Und diese Idee ist weiter vorangestürmt, als ihr dann die Wirklichkeit folgen konnte, und der Herr Finanzminister hat ja berichten müssen, daß statt der durchschnittlich 200 Milliarden monatlich, die da die Raucher der Regierung an Bruttoeinnahmen liefern sollten, diese Bruttoeinnahmen immer nur etwas über 100 Milliarden gewesen sind. Erst im Mai sind sie wieder etwas stärker gestiegen. Das heißt, die Raucher haben sich da den Genfer Bedingungen nicht genau angepaßt und haben die Regierung einige Male im Stiche gelassen, was kein Wunder ist, denn in der Zeit des Abbaues, in der Zeit der Arbeitslosigkeit, in der Zeit der Krise zu meinen, daß ein Raucher im Durchschnitt bald 2½ Millionen im Jahr für Zigarren ausgeben kann, war ein Optimismus, den ich freilich nicht zu teilen vermag. Und darum, hohes Haus, ist der Ertrag der Tabakregie natürlich kolossal zurückgegangen. Im Budget ist er schon für alle Monopole mit 364 Milliarden weniger eingesetzt, als es die Regierung in ihrem zweiten Entwurfe getan hat. Ich habe die feste Überzeugung, daß diese Zahl noch immer ganz falsch ist. Nach den Ergebnissen, wie sie jetzt in den letzten Monaten waren und wie sie uns hier der Herr Finanzminister vorgeführt hat, müßte man nicht einen Betrag von 364 Milliarden, sondern einen beträchtlich höheren Betrag von der Zahl Ihres zweiten Entwurfes in Abstrich bringen. Im ersten Bericht, den der Herr Generalkommissär dem Völkerbundrat erstattet hat, habe ich in dem Original — sowie es in den Mitteilungen des Völkerbundes veröffentlicht ist — gelesen, daß der Herr Generalkommissär bereits in Erwägung gezogen habe, einen fachmännischen Berater für den Tabak nach Österreich zu bringen. (Heiterkeit.) Offenbar hat er auch in diesem Punkte kein Zutrauen zu der Tätigkeit der Regierung Seipel, aber ob der Berater dazu etwas helfen kann, daß die Leute soviel rauchen, als es die Regierung gern möchte, ist doch sehr zu bezweifeln. Ihr Sanierungsergebnis in der Tabakregie war auch kein anderes, als daß die Leute halt eben zu rauchen aufgehört haben oder weniger rauchen. Die Sanierung endet jetzt damit, daß Sie ein paar tausend Tabakarbeiter aufs Pflaster werfen, daß die ganze Fabrikation reduziert, verringert werden muß und daß natürlich erst recht nicht die Ergebnisse erreicht werden können, die Sie im Herbst des vergangenen Jahres angenommen haben.

Das ist überall das Ergebnis der Methode und obwohl man sagen muß, daß der Erfolg beim

Tabak nicht sehr ermutigend ist, hat die Regierung erst vor 14 Tagen beim Salz dieselbe Methode begonnen. Für das Salz ist nämlich im Budget, wie es uns hier vorliegt, ein Ertrag von 817 Milliarden vorgesehen. Der Regierung ist das zu wenig und der Herr Finanzminister hat ausgerechnet — das Multiplizieren ist ja leicht —, daß der Goldkronenertrag des letzten Friedensjahres mal 14.400 140 Milliarden und nicht 817 ergibt. Daher hat er vor kurzem im Kabinettsrat die Ermächtigung verlangt und von der Mehrheit bekommen, die Salzpreise dementsprechend zu erhöhen. Wenn er sein Ziel erreichen will, müßte eine fünfköpfige Familie in Österreich 200.000 K im Jahre für Salz ausgeben. (Zwischenrufe.) Man braucht sich das nur vor Augen zu führen, um zu erkennen, daß das Phantasie ist. Und daß es Phantasie ist, hohes Haus, das zeigen ja auch die Erfolgszahlen der ersten drei Monate. Der Herr Finanzminister hat übersehen, in seinen Ausführungen dieser Zahlen zu gedenken. Aber sie sind ganz interessant, sie zeigen uns nämlich, wie man aus den statistischen Nachrichten entnehmen muß, daß beim Salz das Ergebnis in den ersten drei Monaten dieses Jahres nur 12 Milliarden gewesen ist. Wenn ich das mit vier multipliziere, so komme ich zu einem Jahreserträgnis von 48 Milliarden; im Budget sind 81 eingesetzt und die Regierung will diese 81 Milliarden auf 140 steigern. Wie sie das zusammenbringen will in einer Zeit, in der sie selbst im Kabinettsrat berichtet hat, daß die Erzeugung von 11 Millionen Zentnern auf 07 Millionen verringert werden mußte, das wissen die Götter, der Herr Finanzminister weiß es sicher nicht. Auch diese Monopolziffern also, die uns hier vorgelegt werden, gehen völlig daneben, sind völlig falsch.

Vielleicht hat der Herr Finanzminister eine geheime Hoffnung, wie man die Betriebe sanieren kann. Er denkt vielleicht daran, daß der Entwurf über die Entbureaufkräftigung der Bundesbahnen wirklich so Gesetz werden könnte, wie er dem Hause vorgelegt worden ist. Er glaubt vielleicht, wenn man die Eisenbahner wirklich auf 14tägige Kündigung setzt, wie sich die Regierung das vorgestellt hat, könnte es mit den Betrieben anders werden. Das widerspricht allerdings der besseren Meinung, die auch in den Kreisen der bürgerlichen Parteien endlich Platz gegriffen hat. Sie sind früher immer mit dem gewohnten Verleumdungsworte bei der Hand gewesen, die Bahnen hätten ein so großes Defizit nur deshalb, weil so viele Eisenbahner da sind, die zu viel bezahlt bekommen. Sie haben jetzt selbst der erschrockenen Öffentlichkeit immer wieder sagen müssen, daß das Defizit der Eisenbahnen größer sei als die Bezüge aller Eisenbahner zusammen genommen (Hört! Hört!), so daß, wenn man sie alle bis auf den letzten abbauen würde und die Eisenbahnen allein

fahren würden, sie noch immer ein Defizit hätten. (Heiterkeit.) Jetzt haben wir allerdings auch einen sachmännischen Berater bekommen, der offenbar das Eisenbahnwesen in Ordnung bringen soll. Da hat sich ein 73jähriger Herr nach Wien bemüht, der den Vorzug hat, daß er, wie er erzählt, vor 25 Jahren einmal eine Woche in Wien gewesen ist; der ist also mit den Verhältnissen hier besonders vertraut und wird das Eisenbahnwesen sanieren.

Wir haben also neben dem Herrn Generalkommissär, der so im allgemeinen saniert, noch den Notenbankberater, der die Volkswirtschaft kontrolliert, wir haben jetzt einen Berater für die Eisenbahnen, einen Berater für den Tabak erwägt der Herr Generalkommissär bereits, wir werden also eine ganze Beraterregierung zusammenbekommen, die neben der Regierung, die hier gewählt worden ist, in Österreich dann offenbar die eigentliche Regierungsarbeit leisten soll.

Meine Herren! Gehen wir zu einem anderen Punkt über. Der Herr Finanzminister hat auch von den Steuern gesprochen und hat gemeint, daß da ganz überwältigende erfreuliche Resultate zu verzeichnen seien; allerdings für die großartigsten hat er immer noch gesagt, man müsse noch einmal kontrollieren, ob das auch wirklich stimmt, was ihm da an Zahlen über die Steuereingänge berichtet worden ist. (Finanzminister Dr. Kienböck: Nein, das habe ich nicht gesagt! Die Zahlen sind ganz definitiv!) Wenn es also definitive Ziffern sind, dann nehmen wir sie als gegeben an. Der Herr Finanzminister hat aber nur von einem Teil dieser Zahlen geredet; die Ergebnisse, die er in den „Statistischen Nachrichten“ hat veröffentlichen lassen, erzählen auch andere Dinge, von denen der Herr Finanzminister hier leider nicht gesprochen hat. Ich möchte da auf eine Angelegenheit verweisen, die im ganzen Wiederaufbauprogramm eine sehr große Rolle gespielt hat. Das sind die Zölle. Da hat man uns erzählt, es müssen 80 Millionen Goldkronen in diesem Jahre herauskommen und im Jahre 1924 müssen es 100 Millionen Goldkronen werden. Vergeblich haben die Leute dargelegt, daß das doch in diesem Staate mit seinen sechs Millionen Menschen ganz unmöglich sei, daß doch auch bei noch so großen Zollerhöhungen keine Rede davon sein könne. Tut nichts. Das ist im Wiederaufbaugesetze so beschlossen worden und in diesem Budget steht es auch so darin. Und was ist die Wirklichkeit? Die Zahlen der ersten drei Monate zeigen uns, daß ungefähr fünf Millionen Goldkronen im Monat an Zöllen eingegangen sind, das heißt also, daß man auf 60 Millionen Goldkronen im Jahre kommen wird und nicht auf 80, daß also bei den Zöllen wieder ein Minderertrag von 300 Milliarden sein wird. Wenn wir uns so vergegenwärtigen, was da schon an Differenzen zwischen diesem Budget und der

Wirklichkeit auftaucht, 770 Milliarden bei den Personalbezügen, 300 Milliarden bei den Zöllen, ein paar hundert Milliarden bei den Monopolen, vielleicht auch noch ein starkes Defizit bei den Eisenbahnen, dann sehen wir, daß von diesem Budget wirklich nichts mehr übrig bleibt.

Der Herr Finanzminister hofft allerdings, daß die direkten Steuern das wieder wettmachen werden, und hat uns von den großen Einnahmen erzählt. Man darf freilich nicht vergessen, daß die Steuereinnahmen nicht einfach multipliziert werden können, weil es ja da sehr stark auf die Einzahlungstermine ankommt. Man weiß, daß in den Monaten März und April ungeheuer viel, ein sehr großer Teil der ganzen Einkommensteuer, bezahlt wird, daß also in diesen Zahlen etwas darin steckt, was man dann nicht mit drei multiplizieren kann, was man gar nicht multiplizieren kann, weil es eben nur einmal im Jahre vorkommt. Und wenn auch dagegen geltend gemacht werden kann, daß es wieder andere Steuererträge gibt, die auch nur einmal im Jahre vorkommen, aber in den Zahlen der ersten vier Monate nicht darin stecken, so glaube ich doch, daß sich das durchaus nicht ausgleicht, sondern daß da ein starkes Plus für die ersten vier Monate übrig bleibt. Der Herr Finanzminister, der sonst so gar nicht pessimistisch ist, zeigt hier einen Optimismus, der doch, wie ich glaube, über alles hinausgeht, was irgendwie gerechtfertigt wäre. (Finanzminister Dr. Kienböck: Und die Verbrauchssteuern?) Darauf komme ich noch.

Freilich könnten die direkten Steuern dem Staate ganz andere Summen bringen, als er wirklich einnimmt, wenn er nur eben zugreifen wollte. Aber das ist ja die Methode dieser bürgerlichen Regierungspolitik, die den Kampf gegen den Steuerholschewismus geführt hat und an den direkten Steuern nicht rühren will. Wenn Sie es verstanden hätten, in den zwei Jahren des bürgerlichen Regierens vor dem Genfer Vertrag das System der direkten Steuern der Inflation anzupassen, dann wären die Staatsfinanzen nicht so verhubert und verlottert, wie es tatsächlich geschehen ist, und dann stünden wir heute nicht dort, wohin wir durch Ihre Politik gekommen sind. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Aber dort, wo es sich um direkte Steuern handelt, werden Sie zimperlich, dort werden Sie ängstlich. Da haben wir zum Beispiel die allgemeine Erwerbsteuer. Diese wird nicht ausgebaut, sondern abgebaut. Sie haben sie durch Ihre letzten Beschlüsse so zugestutzt, daß Sie dann wahrscheinlich im nächsten Jahre den Antrag stellen werden, diese Steuer wegen Geringfügigkeit aufzulassen. (Sehr gut!) Da haben Sie vor allem die Frage der Behandlung des mobilen Kapitals, was doch in den Jugendjahren Ihrer Partei einer der wesentlichsten Programmpunkte gewesen ist, mit dem Sie agitiert

haben. Aber was ist daraus geworden? Ich erinnere, weil gerade die Regierung Seipel gestern ihr Jubiläum feierte, an die Zwangsanleihe der Ara Ségur. Damals hat man den Bauern, man hat den Gewerbetreibenden eine Zwangsanleihe auferlegt, dem mobilen Kapital, den Effektenbesitzern hat man die Zwangsanleihe erspart, man hat sich mit einer Ankündigung begnügt. Im Zwangsanleihegesetz steht, es werde noch eine Zwangsanleihe kommen. Wir warten bis jetzt, es ist bald ein Jahr vorbei, aber diese Zwangsanleihe für das mobile Kapital kommt nicht. Und die „Neue Freie Presse“, das Organ dieser Effektenbesitzer, hat unlängst erst geschrieben: Na, das fehlt uns noch, daß die Regierung eine Zwangsanleihe für das mobile Kapital bringt! Man kann schon annehmen, daß die Regierung mit der „Neuen Freien Presse“ eines Sinnes ist. Von der Zwangsanleihe auf das mobile Kapital ist gar keine Rede. Aber es ist auch gar keine Rede davon, daß man dieses mobile Kapital sonst heranzieht. Der Herr Finanzminister Dr. Gürtler hat vor 1½ Jahren einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Besteuerung der Gewinne beim Verkauf von Valuten, Devisen und Effekten einführen wollte. Es sind jetzt 1½ Jahre her, daß diese Sondersteuer auf die Spekulation eingeführt werden sollte, aber wo ist das Gesetz? 1½ Jahre ist es her und es ist noch niemals beraten worden, und als es kürzlich im Finanzausschuß wieder urgirt worden ist, hat der Herr Finanzminister geantwortet, man könne leider jetzt an ein solches Gesetz nicht denken, denn der Steuerapparat vertrage es jetzt nicht, solche Gesetze zu machen. *(Lebhafte Heiterkeit.)* Ja, eine arme Lotterieschwester, die einen Ambo macht, muß 25 Prozent Gewinnsteuer zahlen; der Mann aber, der an der Börse Millionen mit seiner Spekulation gewinnt, ist von jeder Steuer für diese Gewinne frei. Der Steuerapparat hält es nicht aus, sich damit zu beschäftigen. Eine Warenumsatzsteuer zu machen, für die in einem Zeitraum von sechs Wochen 22 Verordnungen mit 250 Seiten erschienen sind, das hält der Steuerapparat aus. Diese Steuer trifft natürlich die große Masse, die Leute, die Brot und Fleisch, Mehl und Fett, Milch, Holz und Kohle kaufen müssen; die können ja zahlen. Aber dem Effektenbesitzer wird man doch um Himmels willen keine Sondersteuer auferlegen! Da hat man nun, da man ja sonst weder moralisch noch steuerrechtlich eine Ausflucht hat, die Ausflucht, daß es technisch leider nicht möglich sei, diese Kreise zu entsprechenden Steuern heranzuziehen.

Aber Sie schonen ja diese Kreise auch sonst. Man kann nicht umhin, wenn von Steuern die Rede ist, immer wieder den Skandal der Bankenumsatzsteuer zur Sprache zu bringen. Das ist eine Steuer, die die bürgerliche Mehrheit mit uns beschließen mußte, allerdings sehr gegen ihren Willen. In der Enquete, die die Regierung vor Jahresfrist ab-

gehalten hat, hat der christlichsoziale Experte Gemeinderat Zimmerl, der freilich selbst Bankdirektor ist, gemeint, diese Bankenumsatzsteuer sei der größte Unsinn, der jemals Gesetzeskraft erlangt habe, und das Gescheiteste wäre es, die Steuer sofort wieder abzuschaffen. Der Herr Finanzminister hat erzählt, daß diese Steuer heuer mit 115 Milliarden beruhigt präliminiert werden könne; so steht sie jetzt auch korrigiert im Budget. Daß ein christlichsozialer meint, man könne eine Steuer, die 115 Milliarden bringt, kurzerhand abschaffen, weil sie das Bankkapital belastet, ist schon eine Spezialität für sich. Das hat ja nun die Regierung zu tun vorläufig nicht gewagt. Aber sie hat etwas anderes getan. Sie hat eine wichtige Post, die bankenumsatzsteuerpflichtig wäre, ganz gegen das Gesetz bisher steuerfrei gelassen, nämlich die Taggelder der Banken. In der „Reichspost“ — das ist ja jetzt so das Organ, das die Banken immer zu verteidigen hat — haben wir lesen können, daß es gar nicht dafür stehe, sich mit den Taggeldern zu beschäftigen, denn die Steuer, die da heranskäme, würde 1 Milliarde im Jahr und nicht mehr ausmachen. Aber das ist nur eine Freführung der Öffentlichkeit, die von den Herren Bankdirektoren lanciert wird. In Wirklichkeit liegen die Dinge erheblich anders. Leute, die es wissen können und es auch tatsächlich wissen, behaupten, daß in dem Taggeldgeschäft einer Wiener Großbank ein Betrag von ungefähr 50 Milliarden stecke. Wenn Sie, meine Herren, annehmen, daß hier nur wochenweise Geschäfte gemacht werden, so ergibt das einen Umsatz von 2½ Billionen im Jahr und da es sich um vier Buchungen handelt, bei der Steuer also 1 Prozent heranskommt, so müßte aus dem Taggeldgeschäft eine Großbank allein 2½ Milliarden im Jahr an Bankumsatzsteuer zahlen. Da es nun aber zehn solche Großbanken gibt und da es neben diesen Großbanken eine ganze Reihe von kleineren Banken gibt, die sich auch mit dem Taggeldgeschäft abgeben, da es endlich daneben eine Reihe sehr großer Privatbankiers gibt, die auch für das Taggeldgeschäft in Betracht kommen, so kann man ruhig diese 2½ Milliarden mit 15 multiplizieren und kommt also zu einem Betrage von 37½ Milliarden im Jahre, den die Regierung den Großbanken und Bankiers einfach schenkt. *(Hört! Hört!)* Das ist ein Skandal, der ganz unfassbar ist und der nur damit erklärt werden kann, daß man sagen muß, daß offenbar die Herren von den Banken statt an den Staat an irgendwelchen anderen wenigstens einen Teil dieser Gelder abzuführen haben *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, die dem Staate durch einen Steuerbetrug vorzuenthalten werden, der vom Finanzministerium geduldet und systematisch gezüchtet wird.

Meine Herren, es gibt noch andere Methoden, mit denen Sie das Kapital begünstigen. Da hat die

Regierung kürzlich ein Fusionsgesetz ausgearbeitet, das dem Hause noch nicht vorliegt; wenn es aber so aussieht wie der Entwurf, der den Stellen zur Begutachtung übergeben worden ist, dann muß man schon sagen: höher gehts wirklich schon nimmer. Daß die Regierung die Fusion von Gesellschaften begünstigen will, die vor dem Zusammenbruch stehen, wo man also wirtschaftliche Schäden vermeiden will, wenn fusioniert wird, und deshalb steuerrechtliche Begünstigungen gewährt, das kann man verstehen. Daß man aber dies dazu benutzt, um allgemein Fusionen zu begünstigen, das ist ganz unverständlich; denn das würde nur dazu führen, daß Gesellschaften, die sich zusammenschließen, um noch höhere Gewinne zu machen, als sie bisher machen, für diesen Akt keine Steuer zu zahlen brauchen, und es würde wahrscheinlich auch dazu führen, daß alle stillen Reserven, die in diesen Gesellschaften unversichert liegen, dann der Besteuerung für immer entzogen würden. Dieses Gesetz hätte also praktisch keine andere Folge, als daß der Steuerbetrug, der in den letzten Jahren geübt worden ist, dann ein für allemal zugedeckt werden würde. Daß die Regierung in einer Zeit der Not, in einer Zeit, in der sie mit jeder Milliarde rechnen muß, solche Geschenke an die kapitalreichsten Leute macht, das ist etwas, was eben ganz zur Genfer Sanierungsmethode gehört (*Beifall und Händeklatschen*) und was offenbar in der Linie derer liegt, die die Diktatoren bei diesem Genfer Vertrag in Österreich geworden sind.

Aber die direkten Steuern, hohes Haus, sind nicht nur deshalb so wenig ertragreich, weil die Regierung keine ordentlichen Gesetze macht, sondern auch deshalb, weil die Gesetze, die wir schon haben, von der Finanzverwaltung in einer ganz unglaublichen Weise gehandhabt werden. Diese Dinge sind so kraß, daß man sie einmal an einem sehr ernsthaften Beispiel hier aufzeigen muß. Wir haben eine Einkommensteuer, die den Arbeitern und den Angestellten in jeder Woche und in jedem Monat abgezogen wird. Bevor der Mann noch seinen Lohn in die Hand bekommt, nimmt ihm schon der Unternehmer die Steuer weg. Er bekommt den Lohn schon ohne die Steuer in die Hand. Diese Methode hat man seit dem 1. Jänner dieses Jahres auch für die Staatsangestellten eingeführt. Auch ihnen wird die Steuer an einem jeden Ersten abgezogen, sie müssen sie zahlen, bevor sie noch ihren Gehalt in die Hand bekommen.

Es ist keine Kleinigkeit, es handelt sich hier um 64 Milliarden, die die Bundesangestellten allein im Jahre an Einkommensteuer zahlen müssen. (*Hört! Hört!*) Eine Gruppe, das möchte ich nur nebenbei erwähnen, hat man allerdings ausgenommen; den 3600 Herren in Österreich, die die Kongrua beziehen, wird keine Einkommensteuer abgezogen (*Hört! Hört!*), nur den Staatsangestellten

wird sie abgezogen. Bei den 3600 Herren verläßt man sich offenbar darauf, daß sie dann selber fatieren und daß sie dann die Steuern selber zahlen werden. Ob das auch für die zutrifft, die gar nicht einmal in Österreich sind, sondern die in der Schweiz oder irgendwo sonst wohnen und denen man die österreichische Kongrua sogar nachschickt, das weiß ich nicht und ich möchte den Herrn Finanzminister bitten, daß er sich dafür einmal interessiert; denn ich glaube, wenn das gründlich bekannt wird, dann wird dies unter den Staatsangestellten wohl eine Bewegung auslösen. Daß sie schlechter behandelt werden als die Herren, die die Kongrua bekommen, das ist doch einfach unerträglich. Also den hunderttausenden Arbeitern und Angestellten wird die Einkommensteuer prompt abgezogen. Das ist etwas, was man ihnen damit erträglich machen wollte, daß man ihnen gesagt hat, für die anderen gilt ein Vorzahlungsgesetz; bei denen kann man natürlich die Einkommensteuer erst im nachhinein bestimmen, weil ja das Einkommen eines Unternehmers im vorhinein nicht errechnet werden kann. Er hat aber viermal jährlich gewisse Zahlungen zu leisten, damit er ungefähr schon während des heurigen Jahres auf den Betrag kommt, der dann im nächsten Jahr errechnet werden wird. Aber wie das in Wirklichkeit aussieht und wie in der Periode der Inflation der Staat da geschädigt worden ist, das geht über alle Maßen. Ich will nur ein Beispiel hier anführen. Es betrifft einen Herrn, von dem man kürzlich in einer Zeitung lesen konnte, daß alle seine Steueraktien verlorengegangen sind. Ich weiß nicht, ob sie schon wieder gefunden worden sind. Die einen haben behauptet, daß dieser Verlust zu seinen Gunsten erfolgt sei, andere wieder erzählten, der Verlust sei zu seinen Ungunsten erfolgt. Es wäre jedenfalls sehr aufklärungsbedürftig, ob die Steueraktien des Herrn Castiglione nun in Österreich wirklich existieren oder nicht. (*Hört! Hört!*) Es wäre dies deshalb schon interessant, weil dieser Herr als der größte Kriegs- und Nachkriegsgewinner von Österreich gilt und vielleicht der reichste Mann ist, den es in der Republik Österreich überhaupt gibt. (*Dr. Ursin: Bosel!*) Der Bosel wird wahrscheinlich der zweitreichste sein, vielleicht ist er auch der reichste. Ich habe nicht solche Beziehungen zu ihm wie Sie (*Heiterkeit*) oder vielleicht, Herr Dr. Ursin, ich gebe Ihnen einen Rat: fragen Sie den Herrn Dr. Rintelen von der Steirerbank, der kann Ihnen vielleicht über Herrn Bosel bessere Auskünfte geben, als ich sie Ihnen gebe. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Die Zahlen vom Herrn Castiglione möchte ich Ihnen hier darlegen, und zwar, damit man eine wirkliche Vergleichsbasis hat, in Goldkronen gerechnet. Die Einkommensteuer, die diesem Herrn für die Jahre 1916, 1917, 1918, 1919, 1920 und

1921 vorgeschrieben worden ist, rechne ich in Goldfronen um, und zwar für zweierlei Daten: Für das Datum, an dem die gesetzliche Fälligkeit dieser Steuern jeweils eingetreten wäre und für das Datum, an dem ihm diese Steuern vorgeschrieben worden sind. Und da komme ich zu folgendem Gesamtergebnis — mit den Details möchte ich Sie nicht langweilen —: An den Tagen der Fälligkeit dieser Steuer immer die Summen genommen, die ihm dann wirklich vorgeschrieben wurden, hat diese Steuer zusammengerechnet einen Betrag von 3.075.564 Goldfronen ergeben, und an den Tagen, an denen ihm diese Steuer vorgeschrieben worden ist, kommt eine Summe von 293.210 Goldfronen heraus. *(Lebhafte Zwischenrufe.)* Das heißt, der Herr Castiglioni hat nicht einmal 10 Prozent von den Steuern zahlen müssen, die ihm vorgeschrieben worden sind. Meine Herren, rechnen wir das um und rechnen wir sogar den Verzögerungszuschlag ab, den man ihm dann angerechnet hat, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß der Mann 2.691.276 Goldfronen zu wenig an Steuern gezahlt hat. Das sind, in unsere Kleinböck-Kronen umgerechnet, 38 Milliarden, die dieser eine Mann an Einkommensteuer in diesem Staate zu wenig gezahlt hat. *(Hört! Hört!)* Nun, meine Herren, von einem Manne, der 38 Milliarden zu wenig Steuer zahlt, weil man ihm diese Steuern zu spät vorschreibt, könnte man meinen, daß er, da er 90 Prozent seiner Steuern ohnedies erspart hat, dann wenigstens pünktlich zahlt. Aber das Finanzministerium hat ihm noch Ratenzahlungen bewilligt *(Heiterkeit)* und er, er hat nicht einmal diese Ratenzahlungen eingehalten. *(Hört! Hört!)* Und daraufhin hat die Finanzbehörde verboten, daß gegen ihn Exekution geführt wird.

So werden die großen Kriegsgewinner in Österreich behandelt. Den Arbeitern allerdings zieht man die Steuern alle Samstag vom Lohn einfach ab. Meine Herren, es herrscht hier Entrüstung. Ich wundere mich nicht. Dieser Rabbinersohn aus Triest und Kompagnon des arischen Herrn Stinnes, der die deutschnationalen Presse aushält, der die Hakenkreuzler und Frontkämpfer subventioniert, mit dessen Goldfronen, die dem Staate verloren gehen, die monarchistischen und reaktionären Bewegungen gefüttert werden, der verdient natürlich die Schonung der Regierung Seipel-Frank. Das kann man verstehen, daß sie den Mann so milde behandelt; aber die Bevölkerung wird sich nicht gefallen lassen, daß sich solche Skandale in diesem Staate ereignen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Die bürgerlichen Parteien mögen sich ihre Kampftruppen organisieren mit ihrem eigenen Geld, daß aber der Staatsschatz zu Schaden kommt, daß man die Leute schonen muß, weil sie das Geld hergeben für die dunklen Pläne der Reaktion und für die dunkle

Politik der bürgerlichen Parteien, das werden sich die Arbeiter in diesem Staate auf die Dauer nicht gefallen lassen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Dessen kann die Regierung sicher sein.

Natürlich, eine Regierung, die die Banken in einer solchen Weise begünstigt und die bestehenden Gesetze verlegt, um diesen Leuten Milliarden an Steuern zu ersparen, muß, dann zu dem Mittel greifen, die indirekten Steuern und die Zölle heranzuziehen; die muß zu dem Mittel greifen, Brot und Mehl, Fleisch und Fett, Holz und Kohle über alle Maßen zu besteuern. Da gibt es natürlich keinen versagenden Steuerapparat. Das hält der Steuerapparat alles aus. Nur bleibt ihm dann eben für den Herrn Castiglioni keine Zeit mehr übrig. Vergessen Sie nicht die ungeheuren Belastungen, die Sie seit den letzten Monaten der Bevölkerung durch die Massensteuern auferlegt haben.

Dazu kommt noch, hohes Haus, daß eine sehr wichtige Steuer, die im Leben der Bevölkerung eine große Rolle spielt, hier in diesem Budget gar nicht aufscheint, weil sie den Ländern überlassen worden ist, das ist die Gebäudesteuer, die man aber mit in Betracht ziehen muß, wenn man von der Steuerbelastung der Bevölkerung redet, wie ja überhaupt für die gesamte finanzielle Beurteilung auch die Länderbudgets herangezogen werden müssen. In den acht Ländern außerhalb Wiens machen die Ausgaben für das heurige Jahr 900 Milliarden aus. Ein großer Teil dieser 900 Milliarden ist unbedeckt. Je mehr die Regierung den Ländern die Zuschüsse entzieht und ihr eigenes Budget hier günstiger gestaltet, umso ungünstiger werden natürlich draußen die Budgets der Länder. Und da ist es wieder kein Zufall, daß gerade das Land, das sozialdemokratisch verwaltet wird, es verstanden hat, trotz der Ungunst der Zeiten sein Budget wirklich zu sanieren. Es ist kein Zufall, daß gerade die Städte in Österreich, die sozialdemokratisch verwaltet werden, wie Linz, Wiener Neustadt, St. Pölten, sanierte gute Budgets haben, während die Städte, die bürgerliche Mehrheiten haben, wie Graz, Salzburg, Innsbruck, eine Lotterwirtschaft führen mußten und sich darum heute in einem kläglichen finanziellen Zustande befinden.

Diese Länder nun vor allem, die es versäumt haben, ihre Budgets zur rechten Zeit in Ordnung zu bringen, die führen heute ungeheure Wohnungssteuern ein. Ich will nur ein Beispiel anführen und es mit Wien vergleichen. Hier in Wien hat die Gemeinde auf eine Wohnungssteuer für ihr eigenes Budget überhaupt Verzicht geleistet, sie hebt eine Wohnungssteuer nur als Zwecksteuer ein, um Wohnungen damit bauen zu können und sie hat diese Steuer in allen Stufen sehr maßvoll gestaltet. Das hat nicht gehindert, daß gerade die Regierungsparteien gegen die 1200 K Wohnbausteuer, die ein

Arbeiter in Wien monatlich zahlen muß, einen demagogischen Kampf eröffnet haben, der freilich von der ganzen Bevölkerung durchschaut wird und für Sie keinen Erfolg hat. Aber was haben die Christlichsozialen dort, wo sie selber die Mehrheit sind und wo sie die Steuern zu machen haben, getan? Ich greife das Land Steiermark heraus. In Steiermark hat man eine Gebäudesteuer eingeführt, die so wie die Wiener Steuer mit einem Vielfachen des Friedenszinses rechnet, die zwei Steuern sind also sehr gut vergleichbar. Im steirischen Landtag ist nun beschlossen worden, daß bei Friedenszinsen bis zu 1200 K jährlich, das ist also für die kleinsten Wohnungen, der 135fache Friedenszins für das Land und dazu noch als Minimum, das den Gemeinden und Bezirken freigegeben wird, je 40 Prozent dazu eingehoben werden können. Da kommen wir also auf eine Wohnungssteuer von mindestens dem 243fachen des Friedenszinses bei den kleinsten Wohnungen. Und wissen Sie, meine Herren, wann in Wien die Wohnbausteuer das 243fache erreicht, das in Steiermark schon für die kleinste Arbeiterwohnung gezahlt werden muß? Das wird in Wien erreicht erst bei einem Jahreszins von 25.490 Goldkronen, also bei einem Zins, den es im Jahre 1919 nur in 114 Fällen in ganz Wien überhaupt gegeben hat. Mit einer Steuer, also relativ, mit der in Wien nur die Reichsten belastet werden, belastet die christlichsoziale Mehrheit in Steiermark auch den Ärmsten, auch den Arbeiter.

Sie haben in Wien eine schamlose Demagogie gegen die Wohnbausteuer der Geschäftslokale geführt. Schauen wir uns zum Vergleich das Land Steiermark an. Für Geschäftslokale wird in Steiermark eine Realsteuer, eine Gebäudesteuer eingehoben, die das 155fache des Friedenszinses beträgt, dazu 80 Prozent Zuschlag für Bezirk und Gemeinde, ergibt das 279fache des Friedenszinses. Wissen Sie, wann in Wien ein Geschäftsmann das 279fache des Friedenszinses an Wohnbausteuer zahlen muß? Das gibt es in Wien überhaupt nicht. Für die größte Fabrik, für das größte Geschäftslokal, für den höchsten Friedenszins, der in Wien je gezahlt worden ist, gibt es keine Wohnbausteuer, die das 279fache erreicht, das in Steiermark jeder Kleingewerbetreibende für seine Werkstätte oder sein Geschäftslokal zahlen muß. Das sind Ihre Sanierungsmethoden im Gegensatz zu der sozialdemokratischen Methode und es gehört natürlich dazu, daß in dem steirischen Gesetze, das solche phantastische Lasten bringt, dann drinnen steht, daß die Pfarhöfe frei sind. (Heiterkeit.) Selbstverständlich und neben ihnen die Schlösser. Für alle Wohnräume in Schlössern, die nicht dauernd bewohnt werden, das heißt also für die reinen Luxuslokale, wird überhaupt keine Steuer gezahlt. (Hört!) Das hat man in einem Atem beschlossen, als man den Geschäftslenten den 279fachen Friedens-

zins und auch den Arbeitern den 243fachen Friedenszins für ihre Wohnungen als Steuer auferlegt hat. Christlichsoziale Steuermethode und sozialdemokratische Steuermethode, es ist ein faßliches Beispiel, dieses Steiermark im Gegensatz zu Wien. So furchtbar also, meine Herren, sind die Belastungen, die Sie den großen Massen auferlegen und die Sie ihnen obendrein auferlegen in einer Zeit der Krise, in einer Zeit, in der das Wirtschaftsleben gerade durch Ihre Sanierungsmethode geradezu zerstört worden ist; in einer Zeit, in der Sie alle Investitionen streichen, in der Sie die Staatsausgaben für Erneuerungen, die Arbeit bringen könnten, auf ein Minimum reduziert haben, in einer Zeit, in der der Staat selbst in seinen Betrieben, weil sie nach einer verkehrten Methode geleitet werden, Entlassungen über Entlassungen vornehmen muß, bald in den Forsten, bald in der Tabakregie, bald beim Salzmonopol, da und dort.

So antisozial, wie Ihr Budget in den Einnahmen ist, so ist es eben auch in den Ausgaben. Für Arme, für Arbeiter hat diese Regierung überhaupt keine Zeit, was solche Dinge anbelangt, da bleibt alles liegen. Nur zwei kleine Beispiele gestatten Sie mir anzuführen: Da hat man den alten k. u. k. Militärarbeitern, die 20 und mehr Jahre in eine Pensionskasse ihre Goldkronen haben einzahlen müssen, seit dem 1. Jänner d. J. die Pensionen überhaupt gestrichen (Hört!), die müssen schon monatelang hungern und jetzt endlich soll es erst gelingen, daß diese Älten erledigt werden und diese Militärarbeiter endlich zu ihrem Rechte kommen. Die alten k. k. Minister haben ihre Pensionen niemals entbehren müssen, die sind auch valorisiert worden, die stehen im Budget eingestellt, aber den alten Arbeitern hat man die Pensionen monatelang verweigert.

Ein anderes Beispiel! Es war in der vorigen Woche gerade ein Jahr her, seit dem traurigen Tag, an dem die große Pulverexplosion in Blumau stattgefunden hat. 19 Tote hat es damals gegeben, von den Schwerverletzten sind neun vollkommen invalid geblieben, Witwen und Waisen sind da und diese Leute haben bis auf den heutigen Tag nicht einen Heller von der Regierung bekommen. (Stürmische Rufe: Hört! Hört! — Lebhaftes Pfuirufe!) Nicht einen einzigen Heller! Wenn nicht die Arbeiter in Wien und Wiener Neustadt für diese Leute gesammelt hätten, die Regierung könnte es sich heute ersparen, ihnen Renten zu geben, denn diese Witwen und Waisen, diese Invaliden aus der Katastrophe, sie wären längst schon verhungert.

Das ist die Wirtschaft, die die Regierung führt. Für die Arbeiter sind die Kassen gesperrt, für die Arbeiter gibt es kein Recht bei dieser Regierung. Die anderen natürlich, die in anderer Weise Opfer des Krieges sind, finden ein geneigtes

Gehört. Denen erspart man nicht nur das Steuerzahlen, sondern man gibt ihnen aus der Staatskasse noch etwas dazu. Die Herren, die Vorkriegsschulden haben, können beruhigt mit dem Herrn Finanzminister Optimisten sein, denn der Staat ergänzt ihnen das, was sie zu zahlen haben. Das macht im heurigen Jahre die Kleinigkeit von 393 Milliarden aus, die der Staat als Zuschuß für die Vorkriegsschulden ausgibt. (*Hört! Hört!*) Da haben wir nicht gehört, daß abgebaut, da haben wir nicht gehört, daß revidiert wird. Freilich, die Regierung kann sagen, da gibt es ja ein Gesetz, ein Gesetz, in dem darin steht, daß das bezahlt werden muß, und das Gesetz muß respektiert werden. Ja, es hat auch ein Beamtenabbaugesetz vom vorigen Sommer gegeben und die Regierung hat es nach der Genfer Aktion abgeändert, hat dort die Abbaubezüge reduziert, sie muß sparen, hat es geheißsen. Sie reduziert die Invalidenheime, sie verringert die Ausgaben für die Wohnungsfürsorge. 5300 Millionen gibt die Regierung im heurigen Jahre noch für die Wohnungsfürsorge aus, und wenn man weiß, daß der Bau einer Wohnung von Zimmer, Kabinett und Küche 80 Millionen Kronen kostet, dann kann man sich ausrechnen, was diese 5300 Millionen bedeuten. Die Tuberkulosebekämpfung! Für sie waren noch im ersten Budgetentwurf 5,6 Milliarden eingelegt, man hat sie auf 1,1 Milliarden reduziert (*Hört! Hört!*), offenbar deshalb, weil es in Österreich keine Tuberkulosen mehr gibt. Da kann die Regierung sparen, von einer Revision des Vorkriegsschuldengesetzes haben wir nichts gehört. Die ganze Kriegsbeschädigtenfürsorge in allen ihren Zweigen kostet der Regierung nach dem Budget nur 327 Milliarden, weniger also, als die Zuschüsse nach dem Vorkriegsschuldengesetz. Die, die im Krieg ihre geraden Glieder und ihre Gesundheit verloren haben, werden schlechter behandelt als die, die vielleicht — ich sage, vielleicht — Geld in diesem Kriege verloren haben. Aber das gehört eben in den Rahmen der Politik, wie sie eine Sanierungsregierung, die nach Genfer Methode arbeitet, zu leisten hat. Denn wer unter dem Kommando, nicht des Völkerbundes, sondern des Herrn Stratosch und der Finanzgewaltigen der Länderbank und der Anglobank, seine Politik führen muß, der kann nicht anders vorgehen, als daß er eben das Bankkapital schont und schützt und sich dann die Steuern von den anderen holt, das heißt, eine Sanierung macht, die die Verelendung der Volksmassen zur Folge hat. (*Beifall und Händeklatschen.*)

Das ist auch der Sinn Ihres ganzen Budgets in allem einzelnen. Und, meine Herren, trotzdem Sie ein solches Budget aufgestellt haben, in dem auf der Ausgabenseite für Volksnotwendigkeiten kein Raum ist, trotzdem Sie ein Budget aufgestellt haben mit allen Knäufereien und Ersparungen, die in Wirklichkeit

zu einem großen Teil gewiß gar nicht werden gemacht werden können, bringen Sie — wie ich Ihnen eingangs gezeigt habe — nur ein Budget heraus, dessen Defizit, auf die Krone von 1919/20 umgerechnet, nicht kleiner ist als das, das Ihnen die sozialdemokratische Regierung Renner hinterlassen hat. Sie sehen, meine Herren, wie heruntergewirtschaftet die bürgerliche Ära diesen Staat hat, daß Sie im ersten Sanierungsjahre zu dem Ergebnisse kommen, daß es nun im Budget in den Endziffern wieder so wird, wie es in der sozialdemokratischen Zeit gewesen ist. Und dabei sind ja diese Zahlen, wie wir gesehen haben, gar nicht richtig. Es fehlen da nicht Milliarden, sondern es fehlt da ein Betrag, den man nicht genau angeben kann, der vielleicht eineinhalb Billionen groß ist, vielleicht aber auch noch größer. Wir gewinnen einen Anhaltspunkt aus den Ergebnissen der Finanzgebarung der ersten drei Monate. Der Herr Finanzminister hat ja dargelegt, wie wertvoll es ist, daß der Generalkommissär befohlen hat, man müsse in jedem Monat ein Budget aufstellen. Dort steht nämlich ganz etwas anderes als in dem Budget, das der Volksvertretung hier vorgelegt wird. Und der Erfolg dieser ersten drei Monate in den Einnahmen und Ausgaben war der, daß ein Defizit von rund einer Billion Kronen übrig bleibt. Wenn ich das mit vier multipliziere, so sind das 4 Billionen, aber nicht 2,6 Billionen, die der Herr Berichterstatter hier ausgerechnet hat, also ein weitaus höherer Betrag. 4 Billionen aber, umgerechnet auf den Kronenwert des Durchschnitts des Jahres 1920, sind ein Budget mit einem größeren Defizit, als es in der Ära Renner in diesem Staate gewesen ist. Das heißt, ein Jahr Sanierungsarbeit hat Sie nicht einmal soweit gebracht, daß es so wird, wie die Sozialdemokraten Ihnen die Staatsfinanzen überlassen haben. Da sieht man, wie tief diese Finanzen, wie tief die Staatswirtschaft in der Periode des bürgerlichen Regierens hier gesunken ist.

Und nun, meine Herren, sanieren Sie, sanieren Sie nach einer Methode, von der man Schritt für Schritt nachweisen kann, daß sie gar nicht zum Erfolge führt! Sie führen eine neue große Steuer ein, die Warenumsatzsteuer, und treiben damit den Index in die Höhe, treiben damit die Beamtenbezüge in die Höhe, und das macht, wie ich Ihnen gezeigt habe, schon weit mehr aus als das Erträgnis der ganzen Warenumsatzsteuer. Sie verteuern die Tarife und das Ergebnis ist, daß die Bundesbetriebe ein noch größeres Defizit haben als vorher. Sie steigern die Monopolpreise und das Ergebnis ist, daß die Monopolbetriebe noch weniger Erträgnis an den Staat abliefern als bisher. Ja, der Herr Generalkommissär hat Ihnen anbefohlen, keine politischen Rücksichten zu üben, auch wenn die Interessen und Wünsche von mehr oder minder wichtigen

Klassen der Bevölkerung durchkreuzt werden. Nun, wir wissen, welche Klassen der Bevölkerung die Regierung Seipel-Frank als die „mehr wichtigen“ und welche Sie als die „minder wichtigen“ ansieht. Durchkreuzt werden nur die Interessen der Klassen, die die Regierung als die minder wichtigen ansieht. Das Bankkapital, die Kapitalistenklasse, das sind die mehr wichtigen Kreise der Bevölkerung, die werden geschützt. Die Sanierung vollzieht sich auf Kosten der breiten Massen, Sie soll sich nach einer Methode vollziehen, die, wie schon das letzte Halbjahr zeigt, mit der vollkommenen Zerrüttung der Volkswirtschaft, mit der völligen Verelendung der breiten Massen der Bevölkerung endet.

Das, hohes Haus, ist die Methode der Sanierung, wie sie die Regierung Seipel durchführt, wie sie uns der Genfer Vertrag gebracht hat. Nicht das ist die Frage, wie sie der Herr Bundeskanzler immer stellt: Wer ist für die Sanierung und wer ist gegen sie?, sondern er müßte fragen, und wenn er es nicht tut, dann werden wir die Bevölkerung fragen: Wer ist für eine Sanierungsmethode, wie sie diese Regierung ansüßt, für eine Sanierung, die die Reichen schon und die Armen heranzieht und dabei die Volkswirtschaft zugrunde richtet und wer ist gegen eine solche Methode der Sanierung? Das Volk wird diese Frage verstehen und wird darauf auch eine Antwort zu geben wissen. Den Kampf, den der Herr Bundeskanzler da aufnehmen will, den scheuen wir nicht. Wir können ein solches Budget, das obendrein in allen seinen Zahlen unwahr ist, nicht akzeptieren. Wir werden selbstverständlich gegen dieses Budget stimmen und wir werden die Bevölkerung auch weiter aufklären über die Methode der Sanierung, deren Ausdruck dieses Budget der Gehässigkeit, dieses Budget der Lüge ist. *(Lebhafter langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Dr. Schreyer: Hoher Nationalrat! Der unmittelbare Herr Vorredner hat sich in einem ungemein scharfen Verdikt gegen die jetzige Regierung und ihre Sanierungsarbeit gewendet. Es ist nun gerade ein Jahr, daß der Herr Bundeskanzler Seipel sein Amt übernommen hat, und gerade dieses Jahr ladet dazu ein, einen Blick auf die Gegenwart und einen Rückblick auf die damalige Lage zu werfen, und zwar nicht auf die momentane Lage, die in den Tagen der Übernahme, sondern die in den unmittelbar darauf folgenden Monaten bestanden hat. In der Sitzung vom 14. September hat der Herr Abg. Dr. Bauer zwar den damaligen Niedergang der staatlichen Finanzwirtschaft und den Zusammenbruch der österreichischen Krone, der in den Sommermonaten erfolgt ist, auf das Konto der Regierungsarbeit des gegenwärtigen Bundeskanzlers geschrieben. Daß aber eine Erscheinung, wie sie damals in wenigen Wochen aufgetreten ist, nicht die Folge

einer erst kurzen Arbeit sein kann, ist ja ganz selbstverständlich. Allein wir müssen uns fragen: Wie haben sich die Dinge von jenen Tagen an gestaltet, wo er den Mut und das Vertrauen gehabt, wo er sich an die auswärtigen Mächte gewendet und die Verhandlungen begonnen hat, die dann zur Genfer Konvention geführt haben? Das ist für die Betrachtung und richtige Beurteilung der Ausgangspunkt. Und da müssen wir freilich sagen, daß ihm vor allem anderen etwas Großes gelungen ist, das jeder, auch der schärfste Gegner an ihm anerkennen muß und woran man nicht vorüber kommt. Damals war die Lage in Österreich so, daß, wenn es noch so weiter gegangen wäre, dieser Staat überhaupt nicht mehr existieren würde. Das ist eine allgemein bekannte Tatsache. Das Unglück, das dann über alle wirtschaftlichen Kreise gekommen wäre, läßt sich einfach nicht ausdenken. Die Größe des Erfolges ist also vor allem daran zu messen, daß der Zusammenbruch des Staates aufgehalten wurde. Man mag sich bei seiner Stellung gegenüber dem Bundeskanzler noch so sehr von Parteirücksichten leiten lassen — das muß man ihm zuerkennen: Er hat vertraut, er hatte den Mut, er hat nicht nachgelassen, bis er dieses Ziel erreichte. Wenn ihm gar nichts anderes gelungen wäre, so könnte er wegen dieses Erfolges allein ruhig die Regierung irgendeinem anderen übergeben.

Gehen wir zu einem anderen Punkt über. Auch der unmittelbare Herr Vorredner hat darauf hingewiesen, wie während des bürgerlichen Regimes, wie auch während der ersten Wochen der Regierung Seipel die Krone in geradezu katastrophaler Weise sank. Wir wissen alle, was es für die Volkswirtschaft bedeutet, welcher Unfug das ganze wirtschaftliche Leben begleitet, wenn das Geld nicht seinen stabilen Wert beibehält. Heute haben wir eine stabile Währung erreicht. Ich frage nicht, ob die Grundlage dieser Stabilisierung eine ganz feste ist, aber wir haben seit Monaten die Tatsache und wir haben auch ihre segensreichen Folgen im Wirtschaftsleben, wir haben die segensreichen Folgen davon auch im Sparsinn der Bevölkerung. Auch dieser Erfolg ist auf das Konto der gegenwärtigen Regierung zu buchen. Daran kommt man nicht vorbei und auch die Herren Sozialdemokraten, die unter anderem immer den Fluch der Geldentwertung geschilbert haben, müssen, wenn sie konsequent sein wollen, dies als einen sehr großen Erfolg der Politik der gegenwärtigen Regierung anerkennen.

Die Gewährung der Kredite haben alle Parteien dieses Hauses seit Jahr und Tag immer als etwas ganz Unerlässliches, zur Rettung Österreichs unumgänglich Notwendiges hingestellt. Hoher Nationalrat! Ich habe zwar die Überzeugung, daß, wenn von Anfang an anders gewirtschaftet worden wäre, wir den gegenwärtigen Kredit, der zur Rettung

Österreichs bestimmt ist, mindestens in dieser Größe nicht gebraucht hätten. Wie aber die Lage im Sommer war, war er eine absolute Notwendigkeit zu einer Zeit, wo die verschiedenen Mächte, insbesondere England, bereits das Vertrauen zu Österreich vollkommen verloren hatten und sehr wenig Aussicht bestanden, die Grundlagen für eine Sanierung zu bekommen. Der Herr Bundeskanzler hat ihn erreicht. Er hat ihn unter Bedingungen erreicht, die einfach nicht zu umgehen waren. Aber gerade die jetzigen Tage zeigen, daß damit ein voller Erfolg erzielt wurde. Also ein dritter, sehr wichtiger Aktivposten in der politischen Arbeit der gegenwärtigen Regierung. Ein solcher Kredit ist auch von unangenehmen Seiten begleitet. Geld empfangen ist ja sehr schön; aber Geld schuldig bleiben, Zinsen zahlen und dann alles zurückzahlen müssen, das ist eine bittere Sache. Aber das wußten schon im voraus alle, auch jene, denen die Auslandskredite das Am und Aus waren. Aber, wie gesagt, diese Kredite waren durchaus notwendig, weil auf eine andere Art die Fortführung der Staatsverwaltung damals nicht mehr möglich gewesen wäre.

Und nun kommen wir zu einem weiteren Punkt. Wenn das, was der unmittelbare Herr Vorredner² gesagt hat, wirklich die ganze Wahrheit über die Sanierung ist, dann müßte man sagen, mit der Sanierung ist es dann überhaupt Schluß. Und wenn man auch die ungeheure Agitation dazu nimmt, mit welcher die Sozialdemokraten dieses Sanierungswerk bekämpfen, dann stehen wir vor dem Rätsel, daß weite Schichten der Bevölkerung dennoch das Vertrauen haben, daß diese Sanierung wirklich durchgeführt und zum Gleichgewicht im Staatshaushalt führen wird. Da muß ich schon sagen, daß mir das Vertrauen im In- und Auslande viel mehr Wert ist als alle — und jetzt gebrauche auch ich ein Wort meines Vorredners — als alle demagogischen Agitationskünste der Sozialdemokraten!

Der Herr Finanzminister hat heute unter anderem erwähnt, das jetzt alle Monate eine Art Bilanz aufgestellt werden muß. Schon dieses eine Moment, daß sozusagen von Tag zu Tag der Fortgang des Werkes verfolgt wird und der Vertreter des Völkerbundes, der Generalkommissär, in das ganze Sanierungswerk Einsicht bekommt, bietet eine Bürgschaft dafür, daß ordentlich gearbeitet wird. Der Weg selbst, der dabei beschritten wird, kann in den Hauptgesichtspunkten kein anderer sein als der, daß auf der einen Seite die Ausgaben vermindert und auf der anderen Seite die Einnahmen vermehrt werden. Wenn es sich um die Sanierung einer Privatwirtschaft handelt — und mag sie noch so klein und einfach sein —, so muß sie schauen, wie sie überflüssige Ausgaben abbauen und Einnahmen schaffen kann. Zu diesen beiden Punkten möchte ich ein paar Gedanken vorbringen.

Man findet die Ausgaben in überflüssigem Personal, in zu großen Materialausgaben usw. und man sucht die Einnahmen in Steuern und Abgaben. Was nun zunächst den Abbau des Personals anbelangt, so wird viel hin und her gestritten, ob zum Beispiel bei den Eisenbahnen das Defizit von dem überflüssigen Personal herrühre. Herr Dr. Danneberg hat uns ja heute gesagt, daß ein Defizit auch dann noch da wäre, wenn gar kein Heller für das Personal zu zahlen wäre. Ein anderes Mal hat es in einer Debatte geheißt, das Defizit rühre von den Steuern her usw. Was das Personal anbelangt, so ist meine Auffassung die, daß es sowohl in den Geschäftsbetrieben als in der Verwaltung des Staates nur einen Grundsatz gibt: So viel Personal, als notwendig ist, damit einerseits die Betriebe, andererseits die Verwaltung gut geführt werde. Ein reicher Staat kann sich mehr leisten. Ein reicher Privatmann hält sich vielleicht einige Diener, seine Frau einige Jungfern usw., der arme Mann sucht mit möglichst wenigen Bediensteten auszukommen. Es bleibt dem armen Staat Österreich, so lange er arm ist, gar nichts anderes übrig, als die Personalverhältnisse so einzurichten, daß dabei nicht überflüssige, unnötige Ausgaben herauskommen. Nun kann man freilich entgegenen, daß dies ja eine ungeheure Härte gegen diejenigen Personen bedeutet, auf die dann verzichtet wird. So darf man sich das freilich auch nicht vorstellen, daß man sagt: Dich brauche ich nicht mehr, also marsch fort, weiter kümmern wir uns um dich gar nicht! Der Staat brauchte sich um die, die er aus seiner Verwaltung — sei es nun die Verwaltung der Betriebe oder die Hoheitsverwaltung — entfernt, gar nicht viel zu kümmern, wenn wir eine sehr entwickelte Volkswirtschaft hätten. Ich werde noch später darauf zu sprechen kommen. Aber gerade hier erscheint es mir notwendig, zu betonen, daß die Sanierung der Staatsfinanzen unmittelbar im Zusammenhang stehen muß mit der Sanierung der Volkswirtschaft. Das ist ein Grundsatz, der sich auch im Berichte des Generalberichterstatters ausgesprochen findet.

Was die Materialausgaben anbelangt, so konnten wir in der letzten Zeit wiederholt in den öffentlichen Blättern Mitteilungen über geradezu skandalöse Zustände finden, zum Beispiel bei der Lieferung von Brennmaterial für die Eisenbahnen. Es wird eine der dringendsten Aufgaben des Ministers für Handel und Verkehr sein, alles vorzuziehen, was eine Übervorteilung des Staates bei der Lieferung von Kohle, Holz usw. verhindert. Die Bevölkerung, die das Defizit des Staates zahlen muß, hat das Recht, gerade in diesem Punkte die größte Strenge zu verlangen.

Der zweite Punkt des Sanierungsprogrammes sind die erhöhten Einnahmen. Die erhöhten Einnahmen bedeuten erhöhte Steuern und Abgaben.

Das tut freilich weh und gerade dieses Moment ist geeignet, das Sanierungswert als etwas nicht gar so Populäres erscheinen zu lassen. Ich glaube, daß der Herr Bundeskanzler, wenn er so oft auf den Ernst der Sachlage hingewiesen und gesagt hat, daß wir wegen der Sicherung der Kredite nicht zu jubeln brauchen, damit sagen wollte, daß das Sanierungswert von der Bevölkerung große Opfer und Lasten verlange und daß es ohne diese einfach nicht gehe. Gewiß sollen diese Lasten gerecht verteilt werden. Der sozialdemokratische Redner hat heute darauf hingewiesen, daß da und dort noch viel zu holen wäre. Ich bin fest überzeugt, daß die Regierung, wenn die Herren Sozialdemokraten sie unterstützen, nicht verfehlen wird, das Geld dort zu holen, wo es noch in Mengen vorhanden ist. Gerade Sie sollten die Durchführung der Gesamt-sanierung möglichst fördern und unterstützen, dann wird es um so schneller vorwärts gehen.

Hoher Nationalrat! Wir dürfen aber nicht unsere Augen verschließen vor der Wahrheit, daß die Belastung der arbeitenden Bevölkerung, möge sie nun in dieser oder jener Form durch direkte oder indirekte Abgaben, durch Tarifierhöhungen usw. erfolgen, ihre Grenze hat. Und damit komme ich zu dem zweiten Hauptpunkte, den ich behandeln wollte. Es ist ganz selbstverständlich, daß, wenn die Regierung Auslandskredite bekommt, sie diese nur unter gewissen Sicherungen erhält und daß sie hierbei die Verpflichtung übernehmen muß, das Budget in einer verhältnismäßig sehr kurzen Zeit in Ordnung zu bringen. Sie muß dann auch ihr ganzes Augenmerk darauf richten, wie wir einerseits durch Ersparungen, andererseits durch erhöhte Einnahmen das Budget allmählich ins Gleichgewicht bringen können. Nun, nachdem durch verschiedene Steuergesetze erhöhte Einnahmen gesichert sind, nachdem, wie der Herr Finanzminister uns heute mitgeteilt hat, in dieser Hinsicht die Aussichten nach den Ergebnissen der ersten Monate sehr vielversprechend sind, ist es nun so mehr Zeit, daß jener anderen Aufgabe, der Hebung der Volkswirtschaft die größte Beachtung gewidmet wird. Auch in den Beilagen zum Genfer Programm, in der Beurteilung der Lage durch die dortigen Kommissionen wird die Sanierung der Volkswirtschaft in Österreich als etwas ganz Unerläßliches erklärt. Hebung der Volkswirtschaft bedeutet ja Hebung der Steuerkraft, vermehrte und erhöhte Einnahmen des Staates. Dieser Sache möchte ich nun einige Worte widmen und dabei auch aufzeigen, wie gerade diese mit der Sanierung der Staatsfinanzen unmittelbar zusammenhängt. Es wurde erst unlängst ein Ausweis über die Handelsbilanz im ersten Quartal 1923 veröffentlicht und dabei erscheinen wiederum ungeheure Einfuhrziffern für Nahrungsmittel. Hoher Nationalrat! Es muß eine unserer dringendsten Aufgaben sein, dahin zu

trachten, uns möglich selbst zu ernähren. Wir sind zwar nicht in der günstigen Lage, in der die alte Monarchie war, die in dieser Hinsicht eigentlich ganz autark gewesen ist, aber es kann viel, viel mehr geschehen und es kann aus unserem Boden viel, viel mehr herausgearbeitet werden, als in Wirklichkeit der Fall ist. Man bedenke, daß das alles Verringerung der Einfuhr bedeutet, daß das alles Besserung der Handelsbilanz ist, daß das alles auch auf unseren Geldwert und seine Stabilisierung günstig einwirkt und daß die Eigenproduktion, die Ausnutzung des Bodens auch billiger kommt, als wenn man von wer weiß wie weit her, die Lebensmittel beziehen muß, in einer Zeit, wo Frachten und alle anderen bisher gehörigen Kosten sehr in die Höhe gehen. Ich bin aus einem in dieser Hinsicht sehr interessanten Wahlbezirk. Selten wird ein Bezirk in den Alpen in bezug auf die Erzeugung von Nahrungsmitteln so verschiedene Betriebs-gattungen vereinigen wie dieser Bezirk. Da mag man hingehen, wohin man will: in die Täler, auf die Berge, überall sieht man, daß viel, viel mehr erzeugt werden könnte, wenn der Boden entsprechend verbessert wäre. Wenn aber das erreicht werden soll, dann ist es auch mit Arbeit verbunden und es würden dadurch auch eine Menge Kräfte herangezogen, die heute unausgenutzt sind. Überhaupt bedeutet die Hebung der gesamten Produktion eine Verminderung der Arbeitslosigkeit und damit eine in vieler Hinsicht günstige Einwirkung auf die Gestaltung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse.

Aber auch die industrielle Produktion könnte viel mehr gehoben werden. Da fragen wir uns nun: Wo sind die Hindernisse? Ich muß auf zwei Hindernisse aufmerksam machen, von denen das eine gerade die Herren auf der sozialdemokratischen Seite zu beheben in der Lage wären. Wenn Ihnen an der Hebung der Volkswirtschaft und an der Sanierung des Staates gar soviel liegt, dann müssen Sie da mitarbeiten. Es gibt zur Hebung der Volkswirtschaft eigentlich nur zwei Quellen. Sie sind angeführt auf der ersten Seite der wichtigsten Urkunde, nämlich dort, wo die Schöpfung der Welt erzählt wird. Dort heißt es: Gott hat die Erde den Menschen übergeben, damit sie sie bebauen als die Quelle des irdischen Wohlstandes. Und dann hat er ihnen die Pflicht der Arbeit übertragen. Und sobald der erste Mensch gefallen war, hat es geheißen: „Im Schweisse deines Angesichtes sollst du dein Brot essen!“ Das sind die zwei Grundlagen, und man kann suchen was man will, man kann Kräfte erforschen, wie viel man will, sie sind in diesen zwei Dingen enthalten: in der Natur und in der Arbeitskraft des Menschen. Wenn man Wohlstand haben will, muß die Natur ordentlich ausgenutzt und ausgebeutet werden; dazu ist die mensch-

liche Arbeit notwendig und es muß auch diese sich ordentlich in Betrieb setzen. Herr Dr. Danneberg hat über die segensreiche Tätigkeit der sozialdemokratischen Verwaltung gesprochen. Freilich, so lange er erwähnt hat, daß es in den ersten Jahren eigentlich abwärts gegangen ist, hat er gesagt, damals war die Koalition, damals war die Verantwortung zwischen den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen geteilt, sie haben beide das gleiche Mißverdienst. Später hat er uns dann den Segen der damaligen Wirtschaft geschildert, und da hat es immer geheißt: unter der sozialdemokratischen Verwaltung sei so und so günstig gewirtschaftet worden. Der Herr Kollege Kunschak hat einmal hier in einer Sozialisierungsdebatte gesagt: die Sozialdemokraten sitzen auf dem Bock und haben das Zeitseil in der Hand und wir sitzen rückwärts und schröpfen, damit es nicht so schnell weiter geht. Er wollte damit sagen, daß Ton und Richtung die sozialdemokratische Partei angegeben hat, und darum entspricht es nicht den Tatsachen, wenn man es jetzt so darstellen will, als ob beide Teile mit der gleichen Verantwortung daran belastet wären. Nun sind es gerade in bezug auf die Arbeit echt sozialdemokratische Errungenschaften, die in unsere soziale Gesetzgebung und Praxis eingeführt wurden, Errungenschaften, die zur Folge haben, daß die Arbeitskraft des Menschen nicht ordentlich ausgenutzt und auch der Erfolg derselben sehr abgeschwächt wird.

Ich erlaube mir, da auf einiges aufmerksam zu machen. Der Achtstundentag ist bekanntlich ein unversehrtes und ein unangreifbares Dogma der Sozialdemokratie und diese hat es auch verstanden, dieses Prinzip gewissermaßen zu einem heiligen Gemeingut der Arbeiterschaft zu machen, hat dabei aber eine so schablonenhafte Auffassung zur Durchführung gebracht, daß man nur staunen muß, und hat es glücklich dahin gebracht, daß mit dieser Art des Achtstundentages der Erfolg der produktiven Tätigkeit ungemein geschädigt wurde. Es gehört zwar heutzutage fast schon ein Mut dazu, sich gegen dieses Prinzip irgendwie zu äußern, aber es ist eigentlich doch viel gescheiter, wenn man für die Vernunft spricht, als für ein Prinzip, das in bestimmten Anwendungen geradezu als der Ausschluß der Vernunft erscheint. Wir haben hier unlängst eine Debatte über die staatlichen Forstarbeiter gehabt und heute gegen Schluß seiner Rede hat Herr Dr. Danneberg gesagt, daß diese christlich-soziale Staatswirtschaft in den Betrieben eine ganz unzumutbare sei, und hat dabei speziell den Forstbetrieb genannt. Er hat jedenfalls den Forstbetrieb nach sozialdemokratischen Rezept als Muster hinstellen wollen. Da muß ich wirklich sagen, daß vielleicht in gar keinem Produktionszweige der schablonenhafte Achtstundentag so zweckwidrig, ja wahnsinnig ist wie bei der Forstwirtschaft. Es wäre ja

ganz recht, wenn sich die Natur nach solchen Einrichtungen richten würde, aber das ist eben nicht der Fall. Die Natur hat in ihrer Weise und in ihrer Wirksamkeit schon zu einer Zeit existiert, wo man von der Sozialdemokratie noch gar nicht geträumt hat, und die Natur arbeitet immer in der gleichen Weise weiter, sie kümmert sich um keine Schablone, sie kümmert sich nicht um Parteiprinzipien, sie arbeitet so wie sie ist, und der vernünftige Betrieb ist der, der sich der Natur anpaßt. Es kann ja der Fall sein, daß in der Forstwirtschaft mitunter eine ganze Woche hindurch die Natur sich gegen die Arbeit überhaupt wehrt, während wieder ein andermal die Natur sich so stellt, daß sie den vernünftigen Menschen geradezu dazu zwingt, mit erhöhter Arbeitsleistung einzugreifen, damit ihre Günstigkeit ausgenutzt wird. Und da spricht man von dem einzigen zweckentsprechenden Betriebe, den die Sozialdemokratie verfolgt! Was die Landwirtschaft betrifft, so kann man da wirklich sagen: Du lieber Himmel, was würde aus der Ernte herauskommen, wenn man sagen würde, zuerst kommt das Grundgesetz des Achtstundentages und danach hat sich die ganze Landwirtschaft zu richten! Ja der einzelne Arbeiter kann sich danach richten, aber die Natur wird sich nicht danach richten. Darum ist es auch ganz begreiflich, daß sich niemand mehr dagegen wehrt als die Landwirte selber, weil sie wissen, wie die Natur wirkt und wie man sich danach richten muß. In den industriellen Betriebszweigen ist prinzipiell gegen den Achtstundentag nichts einzuwenden. Aber es ist nur vernünftig, wenn man in praxi sagt: Jetzt sind wir in einer ungeheuren Notlage und da müssen wir es machen wie eine arme Familie, die, um der Notlage zu entkommen, alle Kräfte anspannt, so daß auch wir für eine solche Zeit des Überganges alle unsere Kräfte anspannen müssen. Aber ich rede gar nicht davon, denn wenn wirklich acht Stunden ordentlich gearbeitet würde, dann wäre es ja recht; aber wir haben ja gesehen, wie das gemacht wurde. Es gibt Beschäftigungen, bei denen vielleicht mehr als die Hälfte dieser acht Stunden als eine Art Wartezeit vorübergeht; da findet man freilich dann wenig mehr von dem Spruche: Im Schweiße deines Angesichtes sollst du dein Brot essen! Wenn also der Produktion geholfen werden, wenn die Volkswirtschaft in die Höhe kommen soll, dann muß bei aller Schonung der Ansprüche des Arbeiters die Arbeit dem Zwange der äußeren Verhältnissen und insbesondere den Forderungen der Natur angepaßt werden.

Ein weiterer Punkt: Die Sozialdemokraten haben so großes Gewicht darauf gelegt, die Arbeitszeit zu beseitigen und den Zeitlohn einzuführen. Wohin hat das geführt? Vor allem ganz gewiß nicht zur Steigerung der Produktion. Jetzt fangen Sie, meine Herren, selbst schon glücklicherweise an,

nachgiebig zu werden, weil Sie sehen, wie wenig das im Interesse der Arbeiter selbst gelegen ist. Eine Art Grundgesetz ist, daß der Arbeiter am Produktionssertrage möglichst viel Anteil haben soll. Dann ist es ja doch sein eigenes Interesse, den Produktionssertrag zu erhöhen; das System aber, das jetzt gang und gäbe ist, bewirkt das gerade Gegenteil. Es heißt immer: Arbeit ist Arbeit, Leben ist Leben, die Arbeit ist für das Leben, und darum möglichste Gleichmacherei! Das hat sich in Österreich und Deutschland, dort wo die Sozialdemokraten in dieser Hinsicht in fast gleicher Weise tonangebend sind, durchgesetzt. Wohin hat das geführt? Ich werde Ihnen an einem Beispiel zeigen, wie die verschiedenen Arbeiten in Bezug auf den Lohn gewertet werden. In dem Sonderhefte des „Wiederaufbau in Europa“ hat Sir Hilton, der Direktor des statistischen Bureaus, acht Tabellen über die Löhne in England, Deutschland, Frankreich, Belgien und Amerika, und zwar in der Zeit vom April bis Mai 1922 veröffentlicht und ist dabei zu folgenden Daten gekommen — es sind das die verschiedenen Lohnsätze —: In Deutschland hat ein Handschreiber für die 48-Stundenwoche 933 Mark bekommen und ein ungelernter Arbeiter 987 Mark. Nun betrachten sich die Schriftsetzer fast als die intelligentesten Arbeiter. (*Schiegl: Sie sind es auch!*) Ja, ganz mit Recht, sie sind es. Ich bin glücklicherweise da auch ein bißchen bewandert, weil ich seit zirka 30 Jahren mit dem Zeitungswesen zu tun habe. Also die intelligentesten Arbeiter haben 933 Mark in der Woche und die ungelernten Arbeiter haben 987 Mark. Österreich ist leider nicht erwähnt. In England hat der Handschreiber 95 Pfund und der ungelernete Arbeiter 61 1/4 Pfund. In Frankreich hat der Handschreiber 144 Franken und der ungelernete Arbeiter 70 Franken. In Amerika hat der Handschreiber 51 Dollar und der ungelernete Arbeiter 14 Dollar 40 Cents. Es ist nun doch ein großer Widerspruch zu den natürlichen Verhältnissen, daß der intelligenteste Arbeiter — die Schriftsetzerei ist noch dazu eine ungesunde Arbeit — weniger Lohn hat als der ungelernete Arbeiter. Es wurde dann von demselben Autor ausgerechnet, wieviel Arbeitsstunden man braucht, um sich eine gewisse Quantität von Nahrungsmitteln zu erarbeiten, das sind 4 Pfund Brot, 7 Pfund Weizenmehl, 1 Pfund frische Butter, 1 Quart Milch, ein halbes Duzend Eier. Das Resultat ist folgendes: In Deutschland muß der Schriftsetzer 7 3/4 Stunden arbeiten, der ungelernete Arbeiter 7 1/4, in Frankreich der Schriftsetzer 5, der ungelernete Arbeiter 10 1/2, in Amerika der Schriftsetzer 1 1/4, der ungelernete Arbeiter 5 1/4. Man sieht daraus, daß dort, wo dieses System der Gleichmacherei durchgeführt ist, gerade die höchstqualifizierte Arbeit weitaus am schlechtesten bezahlt ist. Das ist nun aber nicht

bloß die Differenz zwischen den verschiedenen Betrieben, sie macht sich auch in einem und demselben Betriebe geltend. Die Differenz zwischen dem Lohne des Anfängers, dem Lohne dessen, der weiter fortgeschritten ist, ist nach diesem System sehr gering. Die notwendige Folge davon ist, daß jede Strebsamkeit, jeder Trieb, weiterzukommen, jeder Trieb, ein möglichst hohes Arbeitsprodukt zu erreichen, verloren geht, eine Folge davon ist, daß die Arbeiterschaft geistig nicht mehr so weit kommt wie früher, eine Folge davon ist aber auch, daß die Produktion nicht mehr so weit kommt wie früher. Und doch wäre das, auch nach dem sozialdemokratischen Rezept, für die Sanierung von der größten Bedeutung. Darum wird, wenn von diesem Wege nicht abgegangen wird, das, was zur Sanierung notwendig ist, nicht erreicht. Wir werden nicht zur vollkommenen Ausnutzung der Arbeit kommen, wir werden nicht zu jenen Arbeitserträgen kommen, die mit der gleichen Mühe und Intelligenz bei andern Verhältnissen erreicht werden könnten.

Aber, hoher Nationalrat, es ist ja auch bei den Beamten nicht viel anders. Auch da hat man das System eingeführt, daß, je höher einer qualifiziert ist, je verantwortungsvoller sein Dienst ist, er im Verhältnisse desto schlechter bezahlt wird. Ich erlaube mir an einigen Ziffern zu zeigen, in welchem Verhältnisse die Gehalte seit dem Jahre 1914 gestiegen sind. Von 1914 bis zum März 1921 haben die Bezüge des Amtsdieners das 55fache und bis zum Juni 1923 das 9659fache erreicht. Der Richter der IX. Rangklasse, der Finanz- und Bezirkskommissär hat in der ersten Periode das 26fache, also weniger als die Hälfte, und bis 1923 das 4463fache, also wieder weniger als die Hälfte erreicht. (*Ruf: Geben Sie ihm mehr!*) Der Bezirksrichter, der Beamte der VIII. Rangklasse, hat in der ersten Periode das 24fache, in der zweiten das 4184fache erreicht. Der Beamte der VII. Rangklasse, in der ersten Periode das 22fache, in der zweiten das 3526fache; der Beamte in der VI. Rangklasse, in der ersten Periode das 20fache, in der zweiten das 3524fache, der der V. Rangklasse das 17fache, in der zweiten Periode das 2384fache und der Beamte der IV. Rangklasse nicht ganz das 13fache, in der zweiten Periode das 2163fache. Es hat einer der Herren gerufen: Geben Sie ihm mehr! Meine Herren! Hier handelt es sich zunächst um die Schilderung der Tragweite eines Systems. Die ganz notwendige Folge davon ist, daß der Trieb, vorwärts zu kommen, durch ein solches Verhältnis erstickt wird. Wenn die Kosten der vorausgehenden Studien, wenn die Verantwortung, die jemand trägt, wenn die höhere Intelligenz, die jemand sich erwirbt, nicht mehr gelohnt wird, dann ist es kein Wunder, wenn einer sich denkt: ich bleibe lieber auf einer unteren Stufe.

Hoher Nationalrat! Diese Behandlung der Arbeit nach den zwei Rücksichten, wie ich sie angeführt habe, ist ein Haupthindernis, sie ist ein ganz unübersteigliches Hindernis, das sich der Hebung der Volkswirtschaft und überhaupt der Gesamtleistung des Volkes entgegenstellt. Und wenn die Herren Sozialdemokraten, die ja nur die falsche Sanierung bekämpfen, für eine richtige Sanierung und insbesondere für eine Sanierung der Volkswirtschaft sind, dann müssen sie mit diesen ihren eigenen Prinzipien brechen. Dann können wir weiterreden.

Und nun komme ich zum anderen. Der Sanierung der Volkswirtschaft steht heute der ungeheuere Zinsfuß des Geldes ebenfalls wie ein ganz unübersteiglicher Damm entgegen. Heute beträgt schon der Sparkassenzinsfuß 60 Prozent; man kann sich dann denken, was der Bankzinsfuß beträgt. Hoher Nationalrat! Bei einer solchen Teuerung des Geldes, gegen welche die Teuerung der Lebensmittel und der Bedarfsartikel vorläufig noch fast verschwindet, ist ein Betriebskapital nicht mehr anzubringen und die, die es noch aufbringen, sind genötigt, die Kosten des Geldes, die Zinsen, wieder auf die Produkte umzulegen und in den Preisen einzurechnen; die Teuerung aber wird infolgedessen nur um so mehr um sich greifen. Ich betrachte es darum als eine dringende Ergänzung des gesamten Sanierungswerkes, sobald es sich mit der Volkswirtschaft abgibt, daß hier in wirksamer Weise eingegriffen werde. In früheren Jahren, wo die Wucherfreiheit bestand, haben 8 Prozent als Wucherzins zu gelten angefangen, und dann wurde ein Wuchergesetz eingeführt. Ich kann mir nicht denken, daß das, was heute getrieben wird, etwas anderes ist, als ein unerhörter Wucher, und zwar Wucher an der Arbeit.

Hoher Nationalrat! Wenn die Herren Sozialdemokraten, die gar so auf die Arbeit schauen oder auf sie zu schauen vorgeben, hier mittun und auch diesem Moment die gehörige Aufmerksamkeit schenken werden, dann werden sie der Arbeit und den Arbeitern den größten Dienst leisten. Aber es ist ganz sonderbar, daß dieser ungeheuere Wucher gerade in jenen zwei Staaten aufgetreten ist, in welchen es den Sozialdemokraten gelungen ist, ihre Prinzipien in der Wirtschaft viel mehr zur Geltung zu bringen als anderswo. *(Zwischenrufe.)* England ist doch ein reiner Kapitalistenstaat. Gibt es dort einen solchen Zinsfuß, gibt es dort eine solche Geldteuerung? Haben Sie dort eine solche Ausbeutung der Arbeit? *(Zwischenrufe.)*

Ich mache nur auf den tatsächlichen Zusammenhang aufmerksam, daß in Österreich und in Deutschland, wo man mit den verschiedenen Sozialisierungen, mit den sozialistischen Wirtschaftsprinzipien weitaus am meisten in der ganzen Welt Ernst gemacht hat, und natürlich Rußland ausgenommen,

das Wucherkapital zu einer Ausbeutung vorgeschritten ist, wie man sie früher nie geträumt hat.

Wenn die gesamte Bevölkerung und die Regierung — denn da müssen beide zusammenhelfen — wirklich daran gehen, die Kräfte der Natur und der Menschheit ordentlich auszunutzen, dadurch den Volkswohlstand zu heben, der Arbeit ihren Ertrag zu sichern und nicht in einer Weise vom Geldkapital fortnehmen zu lassen, gegen die auch die Steuern verschwinden, dann können wir überzeugt sein, daß das begonnene Sanierungswerk ganz gewiß zum Siege führen wird. Wenn dann die Mitarbeit der Herren Sozialdemokraten, und wenn sie auch in der Kritik besteht, einsetzt und weitergeführt wird, wenn man daraus erfieht, daß noch verbessert werden kann — ich muß es natürlich dem Finanzminister und den berufenen Faktoren überlassen, gegen die Einwürfe Dr. Danneberg's Stellung zu nehmen —, dann können wir überzeugt sein, daß jenes große Werk, das der Herr Bundeskanzler mit einem staunenswerten Fonds von Mut, Anstrengung und Vertrauen begonnen hat, auch zum Ziele führt.

Nun muß ich zum Schluß noch eines bemerken: die Bevölkerung muß noch in einer anderen Weise mitarbeiten. Sie muß mitarbeiten nicht bloß durch gesteigerte Anspannung ihrer Kräfte, sondern auch durch eine größere Sparsamkeit. Es würde um den Wohlstand viel besser bestellt sein, wenn die Sparsamkeit und die Lebenshaltung der Bevölkerung eine andere wäre. Es ist leicht begreiflich, daß in einer Zeit, in der man unter dem Eindruck furchtbarer Geldentwertung steht, Lebensgewohnheiten entstanden sind, die sich mit einer kulturellen Höhe nicht recht vertragen. Wir finden schon jetzt, daß die Sparsamkeit, soweit sie im Zurücklegen von Geld besteht, bedeutend um sich gegriffen hat. Je mehr dies geschieht, um so mehr wird auch der überflüssige Verbrauch zurückgehen, denn der Verbrauch ist gerade unter dem Eindruck der Geldentwertung so in die Höhe gegangen. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß nicht bloß wirtschaftliche, sondern auch moralische Verhältnisse bei der Sanierung der Finanzen maßgebend mitwirken. Mögen die Gesetze noch so gut sein, wenn die Bevölkerung nicht auch das Prädikat gut verdient, dann werden die Gesetze ihre Wirkung nicht tun.

Der Rückblick darauf, was in diesem Jahre geschehen ist, der Blick auf das Vertrauen des Auslandes und auf das Vertrauen der Bevölkerung selbst, die fortschreitende Besserung, die eingetreten ist, bestimmen einen dazu, mit Hoffnung der Zukunft entgegenzusehen. Wenn dann die Herren drüben neben ihrer Kritik auch noch auf dem Gebiete der Arbeit die Gebote der Vernunft befolgen — mehr wird nicht verlangt —, dann wird sich ganz gewiß aus dem Zusammenwirken all dieser Arbeit ein voll-

ständiges Werk der Sanierung ergeben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Während der vorstehenden Ausführungen hat Präsident Seitz den Vorsitz übernommen.)*

An Stelle von Forstner, Sailer, Volkert, Dr. Straffner als Mitglieder und Austerlitz, Pid, Stradal als Ersatzmitglieder des Finanz- und Budgetausschusses werden als Mitglieder Proft, Schulz, Witternigg, Kraft, als Ersatzmitglieder Elderich, Lenthner und Dr. Straffner gewählt.

Zugewiesen werden die Anträge B. 1500 dem Finanz- und Budgetausschusse, B. 1501 dem Justiz-

Über Antrag Sever wird beschlossen, die Regierungsvorlage, betr. die Bildung eines Wirtschaftsförpers „Österreichische Bundesbahnen“ (B. 1498), einer 1. Lesung zuzuführen.

Nächste Sitzung Samstag, den 2. Juni 1923, 10 Uhr vorm. T. D.: Fortsetzung der 2. Lesung des Bundesfinanzgesetzes und des Bundesvoranschlages für das Jahr 1923 (B. 1428).

Schluß der Sitzung: 6 Uhr 30 Min. abends.

